

# Buchbinder-Zeitung

## Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 26

Erscheint Sonntage. Bezugspreis vierteljährlich 1,50 Mfr. ohne Postbestellgebühr. Nur Postbestellung. Bestellungen bei allen Postanstalten. Geschäftsstelle Berlin C. 2, Drellestr. 8/9 IV. Fernruf: Zentrum 272

Berlin, den 25. Juni 1922

Anzeigenpreis: Die 6 gespaltene Kolonienzeile 3 Mfr.; für Werbemitglieder 2 Mfr.; Stellenangebote 2 Mfr.; Verlautbarungsanzeigen usw. 1 Mfr. ••• Der Anzeigenpreis ist vorher zu entrichten •••

38. Jahrgang

### Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

**1. Pünktliche Beitragsleistung.** Um den mit der Führung der Kassengeschäfte betrauten Funktionären die Arbeit unbeschwert zu erleichtern, richten wir hiermit an alle Mitglieder die dringende Mahnung, die Beiträge regelmäßig und pünktlich an die zuständigen Stellen abzuliefern. Vom 2. Juli ab kommen neue Quittungsmarken zur Einführung. Es sind von da ab, auch für etwa noch vorhandene Restwochen, nur noch diese neuen Marken mit den erhöhten Beitragssätzen zu kleben. Spätestens bis zum 26. Juni sollten daher alle Mitglieder die Beiträge bis einschließlich der 26. Woche entrichtet haben.

Die Vertrauensleute, Unter- und Werkstattkassierer sind verpflichtet, bis spätestens den 1. Juli mit den alten Beitragsmarken abzurednen und die neuen Marken in Empfang zu nehmen.

Die Orts- und Gauverwaltungen sind verpflichtet, darauf zu achten, daß die Unterkassierer, Werkstubevertrauensleute usw. die einzufassierten Beitragsgelder in den kürzesten Zwischenräumen, die keineswegs länger als 14 Tage sein dürfen, an die Zahlstellen und Gaukassierer abliefern. Für etwaige Verluste, die infolge unpünktlicher Ablieferung einzufassierter Beitragsgelder oder fehlender Beitragsmarken entstehen, sind ausnahmslos die Zahlstellen der Verbandskasse gegenüber haftbar.

**2. Beitragsleistung für die Invalidenunterstützung.** Für die Mitglieder der 5. Beitragsklasse bleibt auch nach dem 1. Juli die Beitragsleistung für die Invalidenunterstützung obligatorisch. Von dem Beitrag dieser Klasse ist 1 Mfr. für diese Unterstützung zu verrechnen.

In der 3. und 4. Beitragsklasse ist nur für die weiblichen Mitglieder die freiwillige Beitragsleistung für Invalidenunterstützung vorgesehen mit 1 Mfr. Beitrag pro Woche. Dafür werden besondere Beitragsarten ausgegeben, in welche die dazu bestimmten Quittungsmarken einzulegen sind.

Alle weiblichen Mitglieder, welche vom 1. Juli in der 3. oder 4. Beitragsklasse steuern und gewillt sind, sich durch diese freiwillige Beitragsleistung für später Anrechte auf Invalidenunterstützung zu erwerben, wollen das sofort an diejenige Stelle melden, wobei sie ihre Beiträge abführen. Die Gau- und Ortsverwaltungen wollen ihre Mitglieder in geeigneter Weise auf diese neue Einrichtung hinweisen und für möglichst zahlreiche Beteiligung der Kolleginnen besorgen sein.

**3. Einzahlung der Verbandsgelder.** Infolge der erhöhten Beiträge haben alle Zahlstellen mit größeren Einnahmen als bisher zu rechnen. Wir müssen leider die Beobachtung machen, daß in sehr vielen Zahlstellen ganz außerordentlich hohe Geldbestände am Orte zurückgehalten werden. Da an die Verbandskasse zurzeit sehr hohe Ansprüche gestellt werden, ist es unbedingt erforderlich, alle überschüssigen Verbandsgelder sofort, spätestens aber vor Ende jedes Monats, an die Verbandskasse einzusenden.

Geldsendungen, die nach dem 30. Juni eingezahlt werden, können erst in der Abrechnung für das dritte Quartal zur Verrechnung kommen.

Die örtlichen Bevollmächtigten und insbesondere auch die Revisoren sind verpflichtet, dafür besorgt zu sein, daß größere Geldbestände nicht unbenötigt am Ort zurückgehalten, sondern regelmäßig jeden Monat an die Verbandskasse abgeführt werden. Für eventuell eintretende Verluste sind die Zahlstellen der Verbandskasse gegenüber mit ihrem gesamten Lokalvermögen haftbar.

**4. Materialverwand.** Allen Kassierern der Gau- und Zahlstellen sind in den letzten Tagen folgende Materialien zugeandt worden:

1. zwei Rundschreiben (Nr. 20 und 21);
2. neue Quittungsmarken;
3. je 2 Beitragsarten zur Invalidenunterstützung;
4. eine Anzahl Neudrucke vom „Auszug aus dem Verbandsstatut“.

Sollte diese Sendung bis zum 26. Juni irgendwo nicht eingetroffen sein, so ersuchen wir um entsprechende Mitteilung.

**5. Karten zur Arbeitslosenstatistik** (gelbe Karten) sind im Laufe der Woche an die Kassierer aller Zahlstellen gesandt worden. Zur richtigen Ausfüllung der Karten bitten wir evtl. im „Handbuch für die Bevollmächtigten“, Seite 226-237, die Erläuterungen nachzulesen. Stichtag für die Arbeitslosenzählung ist der 24. Juni. Die Karten sind bis spätestens am 4. Tage nach Schluß des Vierteljahres abzuliefern, wie dies auch am Kopf der Berichtskarten vermerkt ist.

Gleichzeitig mit den gelben Postkarten sind einer Anzahl der Zahlstellen die letzten Berichtskarten für Mai nochmals beigelegt, weil nach dem Mitgliederbestande angenommen werden mußte, daß die gewünschten Angaben über die jugendlichen männlichen und weiblichen Mitglieder vergesen wurden bzw. unvollständig waren. Wir bitten diese Karten einer evtl. Korrektur zu unterziehen und dieselbe mit der gelben Berichtskarte gleichzeitig portofrei uns wieder zuzusenden.

**6. Die Lokalbeiträge** sind in folgenden Orten neu geregelt und in der neuen Höhe von uns genehmigt worden. Sie betragen vom 1. Juli an wöchentlich in

	1	2	3	4	5
Duisburg-Ruhrort . . .	100	100	100	200	200
Hamburg-Altona . . .	200	300	500	600	700

Der Verbandsvorstand.

### Die Justizverwaltung als Todfeind der Arbeitsgerichte.

Es ist eine unbestrittene Tatsache, daß die Wirkung eines Gesetzes nicht vom Gesetzgeber, sondern vom Richter, der das Gesetz anzuwenden hat, abhängt. Die Art der Anwendung ist wiederum bedingt durch die Mentalität des Richters, d. h. abhängig von seiner geistigen Einstellung zu den sozialen Problemen unserer Zeit.

So nun erklärt sich die Klassenjustiz in der politischen Strafrechtspflege, wie auch die soziale Verstandlosigkeit auf weiten Gebieten der Zivilrechtspflege, insbesondere des Arbeitsrechts.

Die Schaffung allgemeiner Arbeitsgerichte soll nicht nur die Sondergerichtsbarkeit der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte auf alle Arbeitnehmer ausdehnen, um eine billige und schnelle Rechtsprechung zu ermöglichen; diese Arbeitsgerichte sollen vor allen Dingen durch eine soziale Rechtsprechung zur Fortbildung des

Arbeitsrechts im Geiste sozialer Gerechtigkeit beitragen, mit einem Wort rechtschöpferisch wirken. Das ist ja gerade der unbestrittene Vorzug der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte im Gegensatz zu den ordentlichen Gerichten, durch den sie sich das Vertrauen der Arbeitnehmer errungen haben und mit dem jede wahrhafte Arbeitsgerichtsbarkeit steht und fällt. Von der geistigen Einstellung des Arbeitsrichters hängt alles ab, nicht von seiner Unabhängigkeit und Unabsehbarkeit. Die beiden letzteren Attribute machen ihn noch nicht zu einem sozial denkenden Menschen.

Wir bedürfen dieser Weiterentwicklung aber nicht nur in der Arbeitszivilrechtspflege, sondern ebenso sehr in der Arbeitsstrafrechtspflege. Nur so kommen wir zu einer sozialen Rechtsprechung auch in Koalitions- und Streikrechtsfragen. Den Anfang dazu macht der Referentenentwurf über ein Arbeitsgerichtsgesetz. Es ist notwendig, diesen Weg zu Ende zu gehen, wie das auch von den bedeutendsten Vorkämpfern des Arbeitsrechts, Potthoff und Einzheimer, gefordert wird.

Diese soziale Fortbildung des Arbeitsrechts durch die Rechtsprechung wird jedoch unterbunden durch die Angliederung der Arbeitsgerichte an die ordentlichen Gerichte. Zwar versucht der Referentenentwurf in seinen §§ 10 und 24 gewisse Sicherungen dafür zu treffen, daß Arbeitsrichter mit entsprechender Vorbildung bestellt werden. Die Bestellung soll durch die Landesjustizverwaltung im Einvernehmen mit der obersten Landesbehörde für die Sozialverwaltung erfolgen. Inwieweit die oberste Landesbehörde für die Sozialverwaltung die erforderlichen Personalienkenntnisse besitzen soll, ist unerfindlich. Aus diesem Grunde schon muß das „Einvernehmen“ ein bloßes Deklarationsstück bleiben. Den zwingenden Beweis dafür erbringen die letzten Verhandlungen des Preussischen Landtags über die Justizverwaltung. Keiner, der die stenographischen Berichte gelesen hat, wird sich dieses Eindrucks entziehen können. Der preussische Justizminister Dr. Am Jahnhoff sagte nach dem stenographischen Bericht vom 20. Mai 1922, Spalte 9942:

„Was den gegen die Justizverwaltung gerichteten Vorwurf anlangt, daß sie das Eindringen moderner Geistes in die Rechtspflege durch geistliche Zurücksetzung linksstehender Richter hindere, so weise ich ihn mit Entschiedenheit zurück. Er ist, wie die Tatsachen beweisen, vollständig aus der Luft gegriffen.“

Wo der Justizminister nichts auszuweisen hat, wird der zuständige Sozialminister am allerwenigsten in der Lage sein, Ausstände machen zu können.

Zu einer vollen Würdigung kommt man aber erst dann, wenn man sich folgende Tatsachen aus den stenographischen Berichten vergegenwärtigt. Der deutschnationale Abgeordnete Dr. Deereberg, ein Richter, erklärte folgendes:

„Zwei Gründe waren es, die dem alten preussischen Staat seine starken Stützen verliehen hatten; das Heer und das Beamtentum. Das Heer ist zerbrochen, das Beamtentum brüchig und unterhöhlt. Systematisch und zielbewußt. In systematischer, zielbewusster Weise hat es die Sozialdemokratie verstanden, die innere Verwaltung in ihre Hand zu bringen und die alten erprobten Kräfte entweder zu verdrängen oder unter die Bewachung geschwundener Parteifunktionäre zu stellen. (Andauernde Unruhe und Zerrüttung bei den Kommunisten und Sozialdemokraten.) Nur ein Volkwerk stand bisher noch fest und unberührt, gleichsam ein „Rocher de brones“ in den Stürmen dieser Zeit: der Richterstand. Dieses Volkwerk soll fallen! Deswegen rückt man sich auf der ganzen sozialistischen Front, um durch einen konzentrischen, geschlossenen Angriff auch diese letzte Säule zu Fall zu bringen.“ (Stenographischer Bericht vom 22. Mai 1922, Spalte 10 085.)

Daß der Richterstand in der Tat das letzte Bollwerk der Reaktion ist, gab auch der deutschnationale Abgeordnete Dr. Seelmann, ebenfalls ein Richter, zu. Er sagte:

„Das eine glaube ich allerdings auch, daß nämlich, wenn die demokratische Partei bezüglich der Vorbildung der Richter, der Rechts- und Staatsanwälte sich auf den vernünftigen Standpunkt stellt, dann allmählich auch der Rest von Richtern nach dem Rechtspatente abwandert.“ (Stenographischer Bericht vom 20. Mai 1922, Spalte 9979.)

Die Verhandlungen des Preussischen Landtages erbringen den klassischen Beweis, wie unerträglich der gegenwärtige Zustand ist. Ein demokratischer Richter, der Abgeordnete Dr. Berndt, konnte mit Recht im Falle seines Parteifreunds Dr. Koebisch sagen:

„Es muß offen ausgesprochen werden — das verlangt die Wahrheit —, daß hier ein Mißbrauch des richterlichen Amtes vorliegt, daß die Richter die Abfassung des Urteils dazu benutzt haben, den Text zu einem deutschnationalen Flugblatt zu schreiben, das hinausgehen sollte im Dienste der Reaktion, zum Schaden der staatsfreien Parteien.“

Und mit Recht sagt er an einer anderen Stelle: „Was wir wünschen, ist die Entpolitisierung der Rechtspflege, und wenn wir uns gegen die Mängel der heutigen Rechtspflege wenden, so wenden wir uns gerade dagegen, daß die Rechtspflege heute eine politische ist und vielfach geradezu im Dienste einer politischen Partei, nämlich der staatsgemessenen deutschnationalen Volkspartei steht.“

Berndt forderte als wirksamstes Mittel der Besserung der heutigen Zustände in Rechtspflege und Justizverwaltung eine konsequente und zielbewusste Personalpolitik. Dieser demokratische Richter fragte den preussischen Justizminister: Woher kommt es denn, daß bei gleicher Qualifikation der politischen Parteien, die doch kein Mensch bezweifeln kann, sich unter den sämtlichen Landgerichtspräsidenten nicht ein einziger Mann befindet, der zur Demokratischen oder Sozialdemokratischen Partei gehört, und daß auch unter den Landgerichtsdirektoren, deren Stellung als Vorsitzende der Strafkammern besonders bedeutungsvoll für die Rechtspflege ist, sich nur ganz ausnahmsweise einmal jemand befindet, der auf dem Boden der Linken steht. Und er beantwortet diese Frage damit, daß die fachliche Qualifikation nicht allein ausschlaggebend ist, sondern die politische Gesinnung, und zwar die reaktionäre Gesinnung, die bei der Besetzung der höheren Stellen innerhalb der Justizverwaltung heute immer noch maßgebend ist. Diese Feststellung des Abgeordneten Berndt ist um so wichtiger, wenn man berücksichtigt, daß die Oberlandesgerichte- und Landgerichtspräsidenten sowie die Personalräte in dem Ministerium und bei den Oberlandesgerichten den entscheidenden Einfluß auf die Personalpolitik ausüben. Auch die Darlegungen des Dr. Berndt über die Personalakten zeigen uns, welche Gefahren hier drohen auch für die Personalpolitik gegenüber den auszuwählenden Arbeitsrichtern, wenn die kommenden Arbeitsgerichte von der Justizverwaltung abhängig werden. Berndt sagt:

„So ergeben dann die Personalakten im wesentlichen fast immer nur Qualifikationen rechtsstehender Richter. Der Herr Justizminister, dem die Personalakten vorgelegt werden, befindet sich dann in der eigenartigen Lage, daß er wirklich gute und hervorragende Qualifikationen fast immer nur bei solchen Leuten findet, die auf dem Boden der Rechten stehen.“

Noch einige Tatsachen mögen diesen unerträglichen Zustand kennzeichnen.

Das Personaldezernat für die Anstellung und Beförderung der Justizbeamten in Berlin, Brandenburg und Pommern im preussischen Justizministerium befindet sich in der Hand des Vorsitzenden eines Berliner deutschnationalen Wahlvereins; es ist dies der Geheimrat Dr. Preiser.

Es erscheint unter diesen Umständen nicht verwunderlich, daß auch die Vorsteher der Berliner Land- und Amtsgerichte nicht gerade republikanisch gesinnt sind, daß z. B. der Präsident des Landgerichts III ein Kaiserbild in seinem Amtszimmer hängen läßt, daß selbst im Präsidialsaal des Landgerichts I ein pomphaftes, riesiges Bild Wilhelms II. prangt, daß der Amtsgerichtspräsident vom Amtsgericht Berlin-Mitte Mitglied der Deutschnationalen Volkspartei ist, daß das Amtsgericht Charlottenburg sich noch heute in seiner Inschrift als „Königliches“ bezeichnet.

Vorsitzender der preussischen Richterorganisation ist der Präsident des Landgerichts II in Berlin, Neuenfeldt. Dieser hat es in einer Eingabe an den Justizminister als eine Entwürdigung der richter-

lichen Stellung bezeichnet, daß die Urteile der außerordentlichen Gerichte nach dem Kommunistenputsch in Mitteldeutschland vielfach gemildert, daß insbesondere bei 40 „mit Selbstverleugnung“ gefällten Urteilen des Raumburger außerordentlichen Gerichts die verhängte Zuchthausstrafe in Gefängnisstrafe umgewandelt worden sei. Er schließt mit den Worten:

„Im Hinblick darauf bitte ich Eure Erzellenz, dafür besorgt sein zu wollen, daß beratige teilweise Vergütungen nicht in zu weitgehendem Maße erfolgen, und mir mitzuteilen, in welchem Umfange bereits Gebrauch gemacht worden ist.“

Herr Neuenfeldt hat sich von dem früheren Reichsjustizminister Schiffer belehren lassen müssen, daß der strenge Standpunkt des Raumburger Gerichts im Widerspruch zu der milderen Praxis der anderen Gerichte gestanden habe und deshalb nicht gebilligt werden konnte. Bemerkenswert ist, daß die Auswahl der Mitglieder des Raumburger außerordentlichen Gerichts durch den dortigen Landgerichtspräsidenten erfolgt ist.

Davon, daß der Landgerichtspräsident Neuenfeldt oder sein Richterverein gegen die unzureichende Bestrafung rechtsstehender politischer Mörder oder Mordbegehler, tappistischer Hochverräter oder Beleidiger republikanischer Minister niemals Protest erhoben hat, ist bisher nichts bekannt geworden.

Für das Wahlen der Landgerichtspräsidenten in den Provinzen beschränken wir uns auf einige kurze Beispiele. Die Landgerichtspräsidenten und Direktoren haben in einer Geheim Sitzung die ihnen zuzugedenden Geschworenen aus der Vorschlagsliste auszuwählen.

In Stettin war die Mehrzahl der zum Jahre 1921 vorgeschlagenen Arbeiter. Bis zum Juni 1921 war fast einziger von ihnen als Geschworener tätig geworden.

Wie der Abgeordnete Heilmann im Juni 1921 im Landtag feststellte, wurden sämtliche im Amtsgerichtsbezirk von Senftenberg vorgeschlagenen Arbeiter vom Landgericht Kottbus nicht auf die Jahresliste der Geschworenen gesetzt.

In der am 4. Juli 1921 beginnenden Schwurgerichtsperiode des Landgerichts Bartenstein waren von 30 Geschworenen 26 Agrarier, zumeist Großgrundbesitzer, 1 Fabrikbesitzer, 2 Kaufleute und 1 Handwerker. Ländliche oder städtische Arbeiter waren nicht unter ihnen, obwohl dieses Schwurgericht gerade eine Ausschreitung streikender Arbeiter abzuurteilen hatte, die es wegen Landfriedensbruch mit harten Zuchthausstrafen belegte.

Beim Schwurgericht der Arbeiterstadt Halle war unter 30 Geschworenen 1 Arbeiter; auch dieses Gericht hatte einen hochpolitischen Prozeß, die Tötung eines kommunistischen Amtsvorstehers durch einen Schutzpolizisten, zu entscheiden. Er endigte mit Freisprechung.

Dieselben Landgerichtspräsidenten, die dergestalt die Geschworenen auswählten, bestimmen auch die richterlichen Beisitzer des Schwurgerichts, während sein Vorsitzender vom Oberlandesgerichtspräsidenten ausgewählt wird.

Der Abgeordnete Kuttner hat im Landtage kürzlich den Fall des Amtsgerichtsrats Dr. Gauß in Beobachtung erwähnt, der durch seine soziale Rechtspflege als Vorsitzender des Pachteinigungsamtes des Großgrundbesitzers mittelst und eines Tages von dem ihm vorgelegten Landgerichtspräsidenten die Aufforderung erhielt, den Vorsitz im Pachteinigungsamt niederzulegen.

Wenn man sich dieses Verlagen der Personalpolitik der Justizverwaltung vergegenwärtigt, dann ist es ein starkes Stück, den freien Gewerkschaften zuzumuten, sich bei den Arbeitsgerichten unter die Fittiche dieser selben Justizverwaltung zu begeben. Die freien Arbeiter- und Angestelltenvereinigungen haben die Pflicht, allen solchen Plänen mit den schärfsten Mitteln zu begegnen. Fritz Schröder.

### Ein Vielangesehener.

Gegen wenige Körperschaften sind im Laufe der letzten Jahre so viele Bormürfe gerichtet worden wie gegen den Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Handelt es sich um Bormürfe, die letzten Endes auf Moskauer Einflüsse zurückzuführen sind, so sind sie, was ihre sachliche Berechtigung anlangt, wenig ernst zu nehmen. Aber auch mander, der nicht im Bannkreis der Moskauer Einflüsse steht, hat sich im Laufe der letzten Jahre gelegentlich zu einem herben Urteil über die Tätigkeit des Bundesvorstandes veranlaßt gesehen. Dies erscheint begründet, da gerade so, wie bei den einzelnen Gewerk-

schaften, nicht jede Einzelheit ihrer Tätigkeit an die Öffentlichkeit gebracht werden kann, oder wenigstens nicht sofort, kann auch der Bundesvorstand nicht gleich alles an die große Glocke hängen. Immerhin bietet aber der soeben erschienene „Bericht des Bundesvorstandes an den Kongress in Leipzig 1922“, der sich über die Zeit vom 1. Juni 1919 bis zum 31. Mai 1922 erstreckt und 207 Seiten stark ist, einen Einblick in die Tätigkeit des Bundesvorstandes, der jeden Tadler, der sachlichen Gründen zugänglich ist, veranlassen kann, sein Urteil einer Prüfung zu unterziehen. Weit geht die Tätigkeit des Bundesvorstandes über das hinaus, was man in früheren Zeiten als Gewerkschaftstätigkeit zu bezeichnen pflegte; fast alles, was für das deutsche Volk irgendwelche wirtschaftliche und nicht zuletzt auch politische Bedeutung hat, ist an den Bundesvorstand herangetreten und hat seine Mitwirkung bei der Lösung der dabei auftauchenden Fragen erbeizt.

Beim Rapp-Putsch rettete das entschlossene Eingreifen des Bundesvorstandes den Weiterbestand der Republik. Die Fürsorge für die Erwerbslosen nahm einen großen Teil der Tätigkeit des Bundesvorstandes in Anspruch; die wiederholten Ausschreitungen von Aush-erwerbslosen im Berliner Gewerkschaftshaus sind von der Rasse der Erwerbslosen ebenso herbe verurteilt worden, wie von allen anderen anständigen Leuten und sie haben den Bundesvorstand auch nicht abgehalten, seine besten Kräfte einzusetzen, um das schwere Schicksal der Arbeitslosen zu mildern. War schon dies keine leichte Aufgabe, so war der Kampf gegen die Teuerung noch schwieriger. Hier zeigte sich nicht nur die Unzulänglichkeit der deutschen Volkswirtschaft, sondern auch bei verschiedenen Stellen ein nicht zu snapper Mangel an gutem Willen. Daß man die Mängel der Lebensmittel- und Warenversorgung nicht durch Dekrete aus der Welt schaffen kann, hat sich in Ungarn und Rußland deutlich genug gezeigt.

Dann das Steuerwesen, die Erfassung der Sachwerte (bei dieser Gelegenheit ist es sehr nützlich, sich die Entstehungsgeschichte und den Zweck der berühmten „10 Punkte“ ins Gedächtnis zurückzurufen) das Wohnungs- und Siedlungswesen, die Weiterführung der Sozialpolitik, die Sozialisierung, Betriebsrätewesen, einheitliches neues Arbeitsrecht, Schlichtungswesen, Arbeitsvermittlung, gesetzliche Regelung der Arbeitszeit, Tarifvertragsrecht, Arbeitsgerichte und noch vieles andere mehr sind die Aufgaben, von denen jede schon mehr als eine volle Arbeitskraft erheischt, wenn sie einigermaßen ihrer Wichtigkeit entsprechend erledigt werden soll. Beim Vorstand des A.D.G.B. liegt die Sache jedoch so, daß eine Arbeitskraft mehrere solcher Gebiete bearbeiten muß.

Von dem, was der Bundesvorstand im Laufe seiner letzten Tätigkeitsperiode zu bearbeiten hatte, wollen wir an dieser Stelle nur noch folgendes nennen: Die vielen Schwierigkeiten bei der Durchführung des Versailles Vertrages, der Wiederaufbau Nordfrankreichs und die Durchführung der Wiedergutmachungsverpflichtungen, dann die vielen Folgen, die die Wiederrückstellung der Industrie und der Volkswirtschaft auf den Friedensbetrieb nach sich zog und die sich noch auf Jahre hinaus den Betroffenen unangenehm genug bemerkbar machen. Auch da hat der Vorstand des A.D.G.B. eingreifen müssen.

Nicht zu vergessen ist noch das Lehrwesen und die Jugendorganisation. In dieser Sache wird bekanntlich im Anschluß an den Gewerkschaftskongress eine Sonderkonferenz stattfinden.

Daß die Erfolge der Tätigkeit des Bundesvorstandes der Aufzengung nicht immer entsprachen, wird der Vorstand des A.D.G.B. wohl selber am stärksten beklagen. Wäre die wirtschaftliche und die politische Lage Deutschlands besser, so wäre die Tätigkeit des Bundesvorstandes schon von selber besser, als sie es war, und mancher Kritiker würde schon aus diesem Grunde verstummen. Vorläufig liegt hier in Deutschland aber noch auf Jahre hinaus der Knäuel beim Hund und selbst wenn allenthalben der beste Wille vorhanden wäre — was, wie leider schon wiederholt festgestellt werden mußte, nicht immer der Fall ist — so wird noch sehr viel zu wünschen übrig bleiben.

Was man über Einzelheiten in der Tätigkeit des Bundesvorstandes denken wie man will, so muß man ihm doch nicht nur das Zeugnis ausstellen, daß er das Beste gewollt, sondern daß er in vielen Fällen auch das Beste erreicht hat, was unter den nun einmal obwaltenden Umständen nun einmal zu erreichen war.

### Die Beteiligung am Gewerkschaftskongress

wird ganz ungewöhnlich stark sein. Der 1919 zu Rürnberg abgehaltene zehnte Gewerkschaftskongress war zwar ebenfalls stark besucht. Dort waren außer den von den Gewerkschaften entsandten 636 Delegierten 17 Mitglieder und Angestellte der Generalkommission

der Gewerkschaften Deutschlands und 29 Gäste. Die Teilnehmerliste des bevorstehenden Gewerkschaftskongresses weist 694 Delegierte, 25 Mitglieder und Angestellte des Bundesvorstandes und 50 Gäste auf. Zieht man nun noch die Pressevertreter und die sonstigen Personen in Betracht, die auf dem Kongress zu tun haben, so greift man nicht zu hoch, wenn man die Gesamtzahl der Personen, für die im Kongresslokal Platz geschaffen werden muß, auf 850 bis 900 schätzt. Der Raum für die Zuhörer muß aus diesem Grunde sehr beschränkt werden.

Besonders beachtenswert ist auch die Schar der Gäste, die auf dem Kongress anwesend sein werden. Die Gewerkschaften Englands und Frankreichs werden je zwei Vertreter entsenden; aus Belgien wird einer kommen. Ferner fehlen natürlich ebenfalls nicht die Vertreter der Gewerkschaften in den skandinavischen Ländern, der Schweiz, Deutschösterreichs, Ungarns und der Niederlande, die von jeher in treuem Freundschaftsverhältnis zu den deutschen Gewerkschaften standen. Ihnen gesellen sich die Vertreter Polens, Luxemburgs und nicht zuletzt auch des Internationalen Gewerkschaftsbundes zu. Auch das Internationale Arbeitsamt wird zwei Vertreter schicken. Die schwedische und norwegische Gewerkschaft werden sich durch ihre Sozialistischen vertreten lassen. Aus Deutschland sind ferner noch zu nennen: 7 Vertreter des Allgemeinen freien Angestelltenbundes, Reichswirtschaftsminister Robert Schmidt, Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, Siering, Preussischer Minister für Handel und Gewerbe, Rißau, Sächsischer Arbeitsminister, Telsch, Sächsischer Wirtschaftsminister, nebst einer Reihe höherer Beamter aus verschiedenen Ministerien. Auch der Rat der Stadt Leipzig wird sich vertreten lassen. Sozialpolitiker von Ruf, wie Geheimrat Prof. Dr. Hertner und Prof. Dr. Heyde (beide aus Berlin) werden ebenfalls auf dem Kongress erscheinen. Nicht zu vergessen sind auch die Vertreter des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine und der Volkshilfe.

Es wird sich also eine stattliche Anzahl von Männern und Frauen aus Deutschland und dem Ausland auf dem ersten Kongress der Gewerkschaften Deutschlands zusammenfinden. Hoffen wir, daß es ihnen gelingen möge, die ihnen obliegenden Arbeiten in gebehlicher Weise zu lösen.

## Die 2. gewerkschaftliche Jugendkonferenz

tagte am 17. und 18. Juni in Leipzig und war von 192 Teilnehmern besucht. Unter den eingereichten Anträgen befand sich auch ein Antrag unserer Zahlstelle Hamburg, der forderte, die Organisation und Agitation unter den weiblichen Jugendlichen als besonderen Tagesordnungspunkt zu behandeln. Mit Rücksicht auf die bereits festgesetzte und außerordentlich reichhaltige Tagesordnung wurde der Antrag zurückgezogen, nachdem die Zustimmung gegeben wurde, daß diese Frage im Rahmen der vorgeesehenen Tagesordnung Berücksichtigung findet.

Aus dem Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß der Beschluß der Kasseler Konferenz, einen besonderen Jugendsekretär zu bestellen, seit dem 1. Februar d. J. durchgeführt ist. Erfreulich ist das starke Interesse, das die Gewerkschaften der Jugendfrage entgegenbringen. Es gilt nun die große Schar der jungen Gewerkschaftsmitglieder wirtschaftlichen Schutz zu bieten und ihnen idealen wie kulturellen Aufstieg zu fördern. Die Zahl der Jugendlichen in den Gewerkschaften ist gewaltig gestiegen. Es sind in 23 Verbänden 352 858 Mitglieder. Einige Verbände haben besondere Lehrlingsorganisationen. Zusammen sind im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB) 464 000 jugendliche Mitglieder und in den freien Angestelltenverbänden (FAV) 32 000 Mitglieder, so daß die freigewerkschaftlichen Organisationen über 500 000 jugendliche Mitglieder aufzuweisen haben. Auf die graphischen Verbände entfallen davon: Buchbinderverband 13 300, die Lehrlingsorganisation der Buchdrucker 10 600 und die der Lithographen und Steinbruder 1600 jugendliche Mitglieder. In 12 Verbänden werden besondere Jugendzeitungen oder -beilagen herausgegeben.

Zur besseren Wahrnehmung der gemeinsamen Jugendinteressen wurde ein Reichsausschuss der Arbeiterjugendorganisationen (Rajo) geschaffen. Zu dessen Aufgaben gehören u. a.: Aufstellung einheitlicher Jugendbuchverordnungen; Stellungnahme zu den Gesetzentwürfen und gemeinsame Kundgebungen. In der Diskussion wurde verlangt, dem Fortbildungsschulwesen größere Beachtung zu schenken und dahin zu wirken, daß die Gewerbeaufsichtsstellen mit sozialdenkenden Menschen besetzt werden. Besprochen wurde die Stellung der kommunistischen Jugend zum Rajo. Zur Unterstützung des Jugendsekretariats wurde die Schaffung eines Beirats beschloffen.

Ueber die Neugestaltung des Lehr-

lingsrechts und die notwendigen Änderungen der Gewerbeordnung sprach Kollege Weisner, der ausführte, daß die mittelalterlichen Bestimmungen der Gewerbeordnung für die heutigen Verhältnisse durchaus unzulänglich sind und einer schleunigen Reform bedürfen. Die Innungen haben mit den Handwerkskammern immer noch das Recht, das Lehrlingswesen selbständig zu regeln, was dem Geist der Verfassung widerspricht. Die Kostgebige, Ferien und die Dauer der Lehrzeit müssen in die Tarife aufgenommen und auch für verbindlich erklärt werden. Es müssen paritätische Berufskommissionen gebildet werden mit der Aufgabe, die Zahl der Lehrlinge festzusetzen und die Zulassung der Betriebe für die Lehrlingshaltung zu bestimmen; Aufstellung von Richtlinien für die Ausbildung und weitgehende Kontrolle der Betriebe. Es zeigt sich aber immer deutlicher, daß die Unternehmer gar keine Neigung haben, ihre Sonderrechte aufzugeben und das Lehrlingswesen weder tariflich noch gesetzlich zu regeln. Hier müsse der ganze Einfluß und die Macht der Gewerkschaften einsetzen, um auch gegen den Willen der Unternehmer vorwärts zu kommen.

In der nachfolgenden Diskussion wurde debattiert, daß die Ausbildung des beruflichen Nachwuchses stark nachgelassen hat. Dies könne sich zur volkswirtschaftlichen Gefahr auswirken, da wir uns gerade durch gute Qualitätsarbeit am ehesten auf dem Weltmarkt erhalten können.

Die Vertreterin des ADGB, Gertrud Hanna, schilderte besonders die Verhältnisse der weiblichen Jugend. Auch hier müsse auf gute Ausbildung der weiblichen Arbeitskräfte größerer Wert gelegt werden. Der Ausbildung von Lehrkräften in der Heimindustrie ist entgegenzuwirken. Die Gewerkschaften sollten mit noch größerer Energie die Organisierung und Erziehung zur gewerkschaftlichen Solidarität der weiblichen Jugend fördern helfen.

Angenommen wurde ein Antrag, daß der Gewerkschaftskongress beschließen möge, von der Regierung zu fordern, den Gesetzentwurf betr. Neugestaltung des Lehrlingswesens zu beschleunigen. Unabhängig davon sind ohne Bezug alle Bestimmungen zu beseitigen, die einer tariflichen Regelung des Lehrlingswesens entgegenstehen.

Die Frage der Lehrwerkstätten unterzog Ing. Fröhlich einer eingehenden Würdigung. Die Unternehmer handeln leider zu viel nach dem Grundsatz: Es lebe die Ware, wenn auch die Welt zugrunde geht. Sie haben nur Sinn für das technische Gebiet und die Produktionssteigerung und kommen dabei zu einer schablonenmäßigen Schematisierung. Sie vergessen das psychologische Moment und den Menschen selbst, den die Arbeit adeln soll. Dies muß sich bitter rächen. Zur Qualitätsarbeit gehören Qualitätsmenschen.

Das Programm für die gewerkschaftliche Jugendarbeit erläuterte Dr. Löwenberg. Die gewerkschaftliche Jugendarbeit gehört zu den neueren Aufgaben der Gewerkschaften und muß an das Bestehende anknüpfen. Es bedeutet eine gemeinsame Lösung von wirtschaftlichen und kulturellen Aufgaben, wobei die Jugendwohlfahrt der örtlichen Regelung unterliegt.

Anschließend daran wurden die Musterfassungen für gewerkschaftliche Jugendtarifverträge von Kollegen Pietich behandelt. Es sollen Rahmenbestimmungen sein, um die örtlichen Eigenarten zu berücksichtigen.

In der Diskussion über beide Punkte wurde beantragt, im Programmentwurf das Verbot der Akkordarbeit für Jugendliche und das Verbot der Lehrlingsausbildung durch Heimarbeiter aufzunehmen. Die Musterfassungen sollen auf dem Gewerkschaftskongress zum Beschluß erhoben werden, damit den Ortsausschüssen die Pflicht obliegt, die Bildung von Jugendtarifverträgen in die Wege zu leiten.

Beide Vorlagen wurden mit den erwähnten Änderungen angenommen, wobei eine Reihe von Anträgen ihre Erledigung fanden.

Ueber die örtliche Jugendarbeit der Gewerkschaften sprach Wilhelm. Die bisher geleistete Arbeit leidet noch zu sehr an der Systemlosigkeit. Die Förderung der Jugendarbeit hängt ganz von den vorhandenen Kräften ab. Gute Arbeit kann nur durch Schaffung von Jugendheimen geleistet werden. Die Gewerkschaften dürften die stärkere finanzielle Belastung nicht scheuen.

In der Aussprache kam zum Ausdruck, daß alles darangesetzt werden müsse, die Jugendleiter auch pädagogisch zu schulen. Dann erst dürfe auf größeren Erfolg zu rechnen sein. Auch ist es falsch, die Jugendlichen in Berufssparten zu teilen. Die Erziehung müsse gemeinsam mit Burchen und Mädels erfolgen. Beschlossen wurde noch, beim ADGB zu beantragen, ein besonderes Mitteilungsblatt für die Jugendarbeit herauszugeben. Dagegen wurde der Antrag auf Schaffung einer einheitlichen gewerkschaftlichen Jugendzeitung abgelehnt. Wir werden in den nächsten Nummern auf die einzelnen Gebiete noch ausführlicher eingehen.

## Beitrags erhöhungen.

Die rapide Geldentwertung, Verteuerung der Lebenshaltung und das Steigen der Löhne haben auch die Gewerkschaften in die Zwangslage gebracht, ihre Unterstützungssätze und Beiträge erheblich zu erhöhen. Um nur einige Beispiele anzuführen, sei erwähnt, daß der Verband der Buchdrucker-Hilfsarbeiter in seinen fünf Beitragsklassen 3—15 Mk. erhebt, während an Streikunterstützung in der höchsten Klasse jetzt 75 Mk. pro Tag gezahlt werden. Der Verband der Sattler und Portefeuilleer erhebt in seinen 6 Beitragsklassen 3—18 Mk. Beiträge, letztere bei einem Stundenlohn von über 20 Mk. An Streikunterstützung wird in der höchsten Klasse nach einer Karenzzeit von 260 Wochen 72 Mk. gezahlt. Im Metallarbeiterverband betragen die Beiträge ab 27. Woche 8—20 Mk. Die Streikunterstützung beträgt für vollberechtigte Mitglieder der höchsten Beitragsklasse 330 Mk. pro Woche. Der Verband der Zimmerer erhebt für seine 12 Beitragsklassen bei einem Stundenlohn von unter 11 Mk. (für Klasse 1) bis 33 Mk. für Klasse 12, einen Wochenbeitrag von 7,50 bis 24 Mk. für die Zentralkasse. Außer diesen Beträgen sind zu gleicher Zeit die Sätze für die Lokalkassen in allen Klassen festgesetzt, für die 2,50—8 Mk. erhoben werden, so daß in der höchsten Klasse der Zentral- und Lokalbeitrag zusammen 32 Mk. beträgt. Die Unterstützungssätze sind auch hier natürlich den Beiträgen angepaßt, und wird z. B. in der höchsten Klasse eine Streikunterstützung von 128 Mk. pro Tag gezahlt. Die meisten Beitragsklassen hat wohl der Töpferverband. Er gibt Beitragssätzen zu 1,50, 2,50, 3,50 bis 29,50 Mk. heraus, spricht jedoch in seiner diesbezüglichen Bekanntmachung die Erwartung aus, daß die niedrigeren Markensorten endlich einmal verschwinden, damit die Beitragskassierer nicht mit so vielen Markensorten zu rechnen haben. Die Beiträge steigen weiter automatisch mit den Stundenlöhnen und werden nach unten abgerundeten Stundenverdiensten erhoben. Wer z. B. 19 Mk. Stundenverdienst hat, ist verpflichtet, 18,50 Mk. Beitrag zu leisten; bei einem Stundenverdienst von 24,75 Mk. = 24,50 Mk. Beitrag usw. Die Streikunterstützung beträgt zurzeit in der Klasse mit 29,50 Mk. Wochenbeitrag nach der höchsten Karenzzeit von 520 Wochen 59 Mk. pro Tag.

Der Verband der Lithographen und Steinbruder hat bei der letzten Beiratsagung den Beitrag auf 20 Mk. in der höchsten Klasse hinaufgesetzt, während der Beirat der Textilarbeiterverbandes mit Rücksicht auf die erste Situation für die 8 Beitragsklassen 6, 9, 12, 15, 18, 21, 24 und 27 Mk. Wochenbeitrag beschloß. Ebenso hat der Zentralverband der Angestellten für die höchste Stufe einen Monatsbeitrag von 100 Mk. ohne Ortszuschlag festgesetzt.

Die mit dem 1. Juli für unsere Verbandsmitglieder in Kraft tretende Beitragserhöhung ist bekannt. Leider ist die Geldentwertung inzwischen weiter so stark vorwärtsgeschritten, daß die Beitragsätze von 4, 6, 10, 14 und 18 Mk. schon wieder erheblich überholt sind, wenn sie zur Einführung gelangen. Und doch ist gerade die rechtzeitige und genügende Erhöhung der Beiträge das Fundament für einen gesunden Aufbau der Organisation, wenn sie ihren Charakter als Kampforganisation nicht einbüßen will. Leider muß von den deutschen Gewerkschaften im allgemeinen, wie von der unseren im besonderen gesagt werden, daß sie auch nicht im entferntesten die finanzielle Stärkung erfahren haben, deren sie zur Durchführung eventueller und in Zukunft sicher zu erwartender Kämpfe bedürfen. Den besten Beweis dafür liefern uns die Klassenverhältnisse unseres eigenen Verbandes. Während wir im Jahre 1913 einen durchschnittlichen Vermögensbestand von 41,39 Mk. pro Kopf hatten, beträgt derselbe nach dem letzten Jahresbericht nur 90 Mk., also etwa doppelt soviel wie 1913. Nun ist aber die Geldentwertung so weit vorgeschritten, daß die Mark nur noch 2 bis 3 Pfennig Wert hat. Wollten wir also annähernd den Vermögensbestand wie 1913 haben, so müßten wir jetzt 100—150 Millionen besitzen, während in Wirklichkeit unser Verbandsvermögen am Jahresabschluss nur 8 Millionen Mark betrug. Wollen also die Mitglieder den so notwendigen Rückhalt in der Organisation sich sichern, so ist es bitter notwendig und hohe Zeit, daß sie diesen Verhältnissen klar ins Auge sehen und aus ihr die Erkenntnis schöpfen, daß in Zukunft wieder mehr Opfermut gezeigt werden muß und nicht bloß ein, sondern nötigenfalls auch anderthalb bis zwei Stundenlöhne der Organisation geopfert werden müssen — zu eigenem Ruh und Frommen.

### Wirtschaftliche und soziale Wochenschau.

Die Anleiherhandlungen in Paris sind vorläufig abgebrochen worden, nachdem das Bankier-Komitee in einer ausführlichen Denkschrift alle die Gründe zur Darstellung gebracht hat, die vorläufig dem Zustandekommen einer Reparationsanleihe im Wege stehen. Auf Monate hinaus kann also die deutsche Wirtschaft auf keine Hilfe von dieser Seite rechnen. In der vergangenen Woche hat der Entwertungszug der Papiermark wieder unheimliche Fortschritte gemacht, die Preissteigerungen der wichtigsten Lebensbedürfnisse setzen demgemäß in ver-schärftem Tempo ein. In der kommenden Woche finden erneute Verhandlungen zwischen der Regierung und den Spitzenorganisationen der Beamten, Angestellten und Arbeiter in Reichs- und Staatsbetrieben statt, um die Bezüge dieser Gruppen wieder einigermaßen mit der Teuerung in Einklang zu bringen. Die Regierung hat dem jetzt in Berlin eingetroffenen Garantiekomitee Vorschläge gemacht, um einer weiteren Entwertung der Mark entgegenzutreten. Die Ursachen unseres Währungsverfalls sind allerdings ohne einsichtige Mitwirkung unserer Gläubiger nicht aus der Welt zu schaffen. So bedauerlich an sich der in den letzten Tagen erfolgte Zusammenbruch der österreichischen Währung ist, dessen wirtschaftliche und politische Folgen sich noch gar nicht übersehen lassen, so bestimmt war gerade vielleicht dieser Vorfall für diejenigen Geister, die noch immer glauben, daß die Welt durch Gewaltmaßnahmen einer besseren Zukunft entgegengeführt werden könne. Ueber Nacht ist in Zentraleuropa die Gefahr einer neuen, aus fürchterlicher Bergbewegung geborenen bolschewistischen Bewegung aufgeblüht. Dem französischen Rentnervolk ist insolge dessen der Schreck dermaßen in die Glieder gefahren, daß selbst Poincaré die Bereitstellung einer Anleihe für Oesterreich, wenn auch nur in sehr bescheidenem Umfange, befürwortete. Man sollte meinen, daß der Zusammenbruch des durch den Frieden von St. Germain aller natürlichen Hilfsquellen beraubten Donaufstaates die französischen Politiker auch in bezug auf Deutschland zu einer vernünftigeren Stellungnahme veranlassen müßte. Die ersten Verhandlungen im Haag lassen allerdings eine solche Einsicht noch vermissen. Es wird sich in der nächsten Woche entscheiden, in welchem Sinne die europäische Politik weitergeführt werden soll. Davon hängt für das deutsche Volk und seine Wirtschaft fast alles ab. Es handelt sich darum, ob uns die Möglichkeit gegeben werden soll, durch Arbeit zur Freiheit zu kommen oder ob all unsere Bemühungen um erbliche Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen mit einer Katastrophe enden soll, gegen die allerdings die jetzigen Vorgänge in Wien ein Kinder-spiel wären. Das deutsche Volk darf durch politische Schwierigkeiten und Intrigenspiele sich nicht entmutigen lassen. Mag an der Börse die Unternehmungslust abflauen und das nervöse Volk der Spekulanten um seine braunen Lappen zittern! Der Arbeiter kann nicht die Hände in den Schoß legen und verzagen. Er muß täglich und stündlich für sich und seine Familie sorgen, um schlimmstes Unheil abzuwenden. Wir werden die jetzige Krise nur über-

stehen können, wenn wir uns unsere Arbeitsfreudigkeit durch nichts herabmindern lassen. Es ist traurig, daß gerade in dieser schweren Zeit von unverantwortlichen Elementen versucht wird, die Volksmassen auseinander zu hegen und den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft zu stören. Das Beispiel Wiens steht warnend vor uns. Nur durch angestrengte Arbeit können wir ähnliche Schicksalschläge von Deutschland abwenden, denn es ist immer zu berücksichtigen, daß die Stabilisierung der Mark nicht nur ein Reparations-, sondern auch ein Produktionsproblem ist. Es gilt, mit allen Mitteln das Gleichgewicht in der deutschen Zahlungsbilanz wieder herzustellen und eine weitere Verarmung zu verhindern. B. W. B.

### Auf dem Wege zum graphischen Industrieverband.

Der seit Jahren besonders in unserem Verband erhobene Ruf und immer lauter werdende Wunsch auf Schaffung eines graphischen Industrieverbandes findet nun auch auf den in Kürze stattfindenden Verbandstage der Buchdrucker und Lithographen einen lauten Widerhall, so daß man hoffen darf, daß auf beiden Verbandstagen ein großer Schritt vorwärts getan werden wird auf dem Wege zum Industrieverband.

So fordern nicht weniger als 10 Anträge zum Verbandstag der Lithographen in Nürnberg in mehr oder weniger kategorischer Form die sofortige Schaffung des graphischen Industrieverbandes. Und daß auch ein erheblicher Teil der Mitglieder dahintersteht, geht daraus hervor, daß u. a. große Zahlstellen wie Berlin, Frankfurt a. M., Stuttgart usw. solche Anträge gestellt haben. Mehrere Zahlstellen verlangen, mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß der graphische Industrieverband unverzüglich zur Tatsache wird, da man der Ueberzeugung ist, daß es keine andere Möglichkeit gibt, den kommenden Kämpfen wirkungsvoll entgegenzutreten. In Uebereinstimmung mit diesen Anträgen wünschen die Zahlstellen Chemnitz, Frankfurt a. M. und Stuttgart eine sofortige Urabstimmung darüber, die bis spätestens zum 1. Oktober 1922 durchgeführt wird.

Zum 11. Verbandstag der Buchdrucker, der vom 3. Juli ab in Leipzig stattfindet, liegen etwa 11 Anträge vor, die ebenfalls in klarer und bestimmter Form die baldige Schaffung des graphischen Industrieverbandes verlangen. Auch hier stehen starke Mitgliedschaften hinter diesen Anträgen. So u. a. ebenfalls Berlin, die Bezirke Breslau, Hirschberg, Wschersleben, Frankfurt a. M., Gau Nordwest u. a. Die Zahlstelle Düsseldorf beantragt, daß die sofort in Angriff zu nehmenden Vorarbeiten bzw. Beratungen mit den in Frage kommenden Verbänden der Buchbinder, Lithographen und Steindruckerei sowie der Hilfsarbeiter so zu beschleunigen sind, daß der graphische Industrieverband seine Tätigkeit bereits am 1. Januar 1923 aufnehmen kann.

So können wir also den beiden Verbandstagen in dieser Beziehung mit frohen Hoffnungen entgegensehen und wollen nur wünschen, daß der in den weitesten Kreisen der graphischen Arbeiterschaft bestehenden

Schnelzug nach dem Industrieverband mehr als bisher Rechnung getragen wird, um dem gesteckten Ziel möglichst nahe zu kommen.

Leider scheint in diese Anträge ein Mißton hinzuzukommen, der — so unglücklich das erscheint — sogar auf unseren letzten Verbandstag selbst zurückzuführen ist. Die Erledigung der diesbezüglichen Anträge durch Annahme des Frankfurter Antrages scheint nämlich eine außerordentlich mißverständliche Auslegung bei den anderen graphischen Organisationen gefunden zu haben, so daß z. B. die Graphische Presse dazu bemerkt, daß durch die Annahme dieses Antrages sogar dem baldigen Zusammenschluß der Weg verrammelt worden sei. Wir kommen gelegentlich noch darauf zurück, glauben aber doch schon heute betonen zu müssen, daß den Antragstellern und dem Verbandstage nichts ferner gelegen hat als eine Verschleppungspolitik zu treiben oder gar den anderen Verbänden gegenüber eine Diktatur auszuüben.

### Kampf um den Achtstundentag.

Daß es sich bei dem Vorgehen der Unternehmer gegen den Achtstundentag um einen planmäßigen Vorstoß von zentraler Stelle aus handelt, war bereits bei den süddeutschen Kämpfen in der Metallindustrie klar ersichtlich. Jetzt sind auch die Unternehmer der Textilindustrie mit dem gleichen Ansinnen einer Verlängerung der Arbeitszeit an die Arbeiter herangetreten, um die bisherige 46-Stunden-Woche zu Fall zu bringen. In verfeilter Form wird sogar der 9-stündige Arbeitstag gefordert „wenn die Betriebsleitung die Notwendigkeit für gegeben erachtet“. Um die Sache schmachhaft zu machen, soll natürlich vorläufig die Mehrarbeit als Ueberstunden mit den tariflichen Zuschlägen bezahlt werden.

Der Beirat des Textilarbeiterverbandes, welcher hierzu Stellung genommen hat, hielt natürlich an der bisherigen 46-Stunden-Woche fest und lehnte den Vorschlag der Unternehmer durch folgenden Beschluß ab:

„Der Beirat lehnt den vorliegenden Vorschlag der Unternehmer in der Frage der Arbeitswoche ab. Die Mitglieder des Verbandes sind sofort zu besonderer Beitragsleistung, neben der regulären Leistung, ab 23. Juni aufzufordern.“

Beirat und Vorstand haben sofort durch Ausruf die Verbandsmitglieder von der Sache zu unterrichten und die Eventualität eines Kampfes ins Auge zu fassen.

### Extrabeiträge.

Der wöchentlich zu entrichtende Extrabeitrag ist von allen Mitgliedern mindestens in der Höhe eines ordentlichen Wochenbeitrags, zuzüglich Lokalzuschlag, ab 23. Juni zu bezahlen.

Dieser Extrabeitrag, zuzüglich Lokalzuschlag, ist ungekürzt der Zentralkasse abzuführen.“

Mit Rücksicht auf die ernste Situation wurden auch die ordentlichen Verbandsbeiträge bis auf 27 Mt. Zentralbeitrag in der höchsten Klasse erhöht.

### Sein Eiland.

Erzählung von A. G. E. (Fortsetzung.)

Mit angehaltenem Atem lauschte Charlotte dem Gespräch der Arbeiter, bis es sich anderen Dingen zuwendete. Also Techniker war er! Und dabei hatte er sich ihr nur als Arbeiter vorgestellt. Somit trachteten die jungen Männer eher danach, etwas mehr aus sich zu machen als sie wirklich waren, und er machte es gerade umgekehrt. Ein seltsamer Mensch! Und ganz das Richtige hatte sie getroffen mit ihrer Annahme, daß er einen klugen Kopf und ein gutes Herz besaß.

In der nächsten Zeit wurde Bindner aus seiner Tochter nicht recht los. Den einen Tag sang sie vom frühen Morgen bis zum späten Abend, den anderen ging sie wieder still, fast traurig und in sich gefehrt herum. Charlotte vermochte sich diesen Stimmungswechsel selbst nicht zu erklären, bis sie eines Abends jäh die Erkenntnis kam, daß sie sich nicht mehr selbst gehörte, daß es von einem anderen Menschen abhing, ob sie glücklich oder elend werden würde.

Vater Bindner hielt es mit dem frühen Schlafengehen und dem frühen Aufstehen. Wenn er schon zur Ruhe gegangen war, sah Charlotte in der Regel noch einige Zeit in der Beranda und genoss die schönen Abende. Sobald es zu dunkeln anfing, stammten drüben im elektrischen Werk die großen elektrischen Lampen auf. Ob er da sein mochte? Seit der gemeinsamen Bahnfahrt hatte sie ihn nur noch einmal flüchtig gesehen. Wie mußte es eigentlich in dem Werke aussehen? Ob man jetzt abends nicht einen

Blitz hineinwerfen konnte? Kurz entschlossen holte sie sich leise das Handruder und fuhr langsam mit dem Kahn hinüber zu der Untergasse dicht am Werk. Die unteren Scheiben der Fenster, die nach dem Wege hinaus gingen, waren von undurchsichtigem Glas, aber ein Fensterflügel war etwas geöffnet, und durch diesen Spalt konnte sie das ganze Innere des Wertes übersehen.

Was war das für eine Wunderwelt! In der großen vom Licht der Bogenlampen durchstrahlten Halle standen riesige Maschinen, die sich mit rasender Geschwindigkeit und dabei fast geräuschlos bewegten. Nur ein leises Surren war zu vernehmen, und an allen Zuckten an bestimmten Stellen ununterbrochen kleine bläuliche Flämmchen auf. Das mußte ein Ausstrahlen der rätselhaften Kraft sein, die hier erzeugt wurde, unsichtbar und geräuschlos in dünnen, in der Erde verlegten Kupferdrähten nach Berlin floß und dort wieder zu Bewegung oder hellem, strahlendem Lichte wurde.

Was waren alle Märchenwunder gegenüber dem Wunder, das sich hier vollzog? Bei diesem Schauen, Staunen und Sinnen kam ihr der Gedanke, was wohl die Astroberden, die einst an diesem Gestade gelebt hatten, sagen würden, wenn sie diese Dinge sähen? Die würden gewiß glauben, es sei teuflische Zauberei im Spiele. Aber es ging alles ganz natürlich zu, wie er ihr verlichtert hatte. Und plötzlich stockte ihr Herz, denn da, gerade vor der größten Maschine, da stand er ja selbst.

Welche Gedanken mochten in diesem klugen Kopfe kreisen, während er aufmerksam den Gang der Ma-

chine beobachtete? Ob er neben seinen Maschinen auch einmal an sie gedacht haben mochte? Wieber stockte ihr das Herz. Nun wußte sie, was mit ihr geschehen war.

Einen Augenblick flüsterte ihr eine innere Stimme zu: gewiß wird er an dich gedacht haben, er hat sich doch schon vorher, ehe er dich kannte, mit dir beschäftigt. — Aber sofort meldete sich eine andere, zweifelnde Stimme: er hat sich vorher schon ein Bild von dir gemacht, hat er gesagt, aber vielleicht hast du diesem Bilde gar nicht entsprochen. Vielleicht hat er dich nach den Fragen, die du an ihn gestellt hast, für ein einfältiges, dummes Ding gehalten. — Das wird er gewiß nicht getan haben, wendete die erste Stimme ein; ein junges Mädchen kann ja solche technische Sachen gar nicht wissen. Vielleicht hat er sich gerade gestreut darüber, daß du durch deine Fragen gleich Interesse und Verständnis für sein Fach gezeigt hast.

Ueber diesen inneren Widerstreit geriet Charlotte in große Erregung. Weise, wie sie gekommen war, fuhr sie nach der Insel zurück. Lange noch vibrierten ihre Nerven unter der Nachwirkung des großen Sturmes, der durch ihre Seele gefahren war, und erst gegen Morgen senkte sich ein leichter Schummer auf ihre Augenlider.

Am folgenden Abend drängte es Charlotte wieder hinaus auf das Wasser. Es war eine köstliche Nacht; der Duft der ersten aufgebrochenen Blüten lag wie ein feiner Hauch in der weichen, lauen Luft. Die Mondsilber warf leises, zitterndes Licht auf die Wasseroberfläche, und von fern her, aus dem Reinhardtschen Garten, kam es wie Vogelgesang. Dorthin

### Feinde der Einigkeit.

Während in den Reihen der Arbeiterschaft immer mehr das Gefühl der Zusammengehörigkeit erwacht und Bestrebungen zur organisatorischen Einigung sich stärker geltend machen, finden wir auf der Seite unserer natürlichen Gegner immer stärkeres Unbehagen ob dieser Erscheinung. Und Aeußerungen des Unwillens über die geschlossene Front, wo sie bereits besteht, zeigen deutlich, daß nur durch diese Phalanx den arbeitserfeindlichen Bestrebungen der Unternehmer am besten ein sicherer Wall entgegen-gesetzt werden kann.

So hat es dem Verband Sächsischer Industrieller die sozialistische Regierung Sachsens angetan, über die nach der „Arbeitszeitung“ auf der in Dresden stattgefundenen Hauptversammlung bewegliche Klagen erhoben wurde. In dem Bericht hierüber heißt es, daß

„der Verband in dem abgelaufenen Geschäftsjahr wiederholt sich gegen das ausgesprochene Regiment des Klassenkampfes hat wenden müssen, wie es das heutige von Mehrheitssozialisten und Unabhängigen gebildete Kabinett infolge der von ihm benötigten Unterstützung durch die Kommunisten führt, die dafür verlangen, daß nicht zum Wohle des ganzen Landes, sondern zur Förderung der sogenannten „proletarischen Interessen“ regiert werde.“

Dem „Wohle des ganzen Landes“ dient man in jenen von feiner Arbeiterfreundlichkeit angefränkelten Kreisen der Unternehmer natürlich nur dann, wenn man vor jeder jeden Wunsch der Industriellen zur schrankenlosen Ausbeutung der Arbeiterschaft als Befehl widerprüchlos akzeptiert.

Natürlich hat auch der Verband Sächsischer Industrieller, wie er betont, insbesondere eine rege Tätigkeit auf dem Gebiet der Sozialpolitik im negativen Sinne entfaltet und sich eifrig bemüht, soweit wie möglich Verbesserungen zu hintertreiben. Die Aufhebung der Demobilisationsbestimmungen, welche die Arbeiterschaft in weitgehendem Maße gegen die Willkür der Unternehmer schützt, wurde aber leider nicht erreicht, wie man schmerzlichen Herzens besonders betont. Schwer angetan hat es der verehrlichen Scharfmacherzunft auch die Ueberstundenverfügung des Sächsischen Arbeitsministeriums, „die bisher vergebens bekämpft wurde“.

Die Arbeiterschaft aber sollte aus solchen Vorurteilen und Aeußerungen die Erkenntnis schöpfen, daß nichts den Unternehmern gefährlicher und verhaßter ist als eine geschlossene Front der Arbeiterschaft.

### Internationale Arbeiterlöhne.

Die Lohnentwicklung in den Vereinigten Staaten von Nordamerika hat, soweit die zahlenmäßigen Nachweisungen reichen, seit Juni 1914 bis Ende 1920 sich in aufsteigender Richtung bewegt und getragen die Löhne jetzt im Durchschnitt rund das Doppelte des Lohnes von 1914. Die höchsten Löhne wurden nächst den Löhnen in Wasser- und Kraftwerken in den Druckereien und der Papierverarbeitung erreicht. Und zwar betragen der durchschnittliche Wochenlohn in Staat New York in dieser Industriegruppe 15,59 Dollar im Juli 1914, der im Februar 1920 auf 28,30 Dollar gestiegen war und im Februar 1921 mit

29,30 Dollar seinen Höhepunkt erreichte, um im Februar 1922 dann auf 28,92 Dollar zu sinken. In allen Industriegruppen weisen die Löhne seit Februar eine sinkende Tendenz auf.

In der Papierindustrie betrug der Durchschnittslohn im Juli 1914 13,44 Dollar, im Februar 1920 27,44 Dollar, erreichte im Februar 1921 mit 29,20 Dollar ebenfalls seinen Höhepunkt und betrug im Februar d. J. nur noch 25,95 Dollar. An der deutschen Mark gemessen, sind das allerdings noch immer rund 8000 Mk. Wochenverdienst. Prozentual berechnet betrug die Lohnsteigerung im Februar 1922 94 Proz. gegen Juli 1914, in den Druckereien und der Papierverarbeitung war die Steigerung geringer und betrug 83,5 Proz.

Der Rückgang der Nominallöhne wird auf zahlreiche Ursachen zurückgeführt. Hauptächlich soll jedoch die Verbilligung der Lebenshaltung hierzu beigetragen haben. Da die Ernährungskosten weit stärker gesunken sein sollen als die Löhne, so liegt tatsächlich eine Erhöhung der Reallohn vor.

Eine ähnliche Entwicklung haben die Löhne in England genommen. Von 1914 bis 1920 waren die Löhne in verschiedenen Berufen durchschnittlich um 120 bis 130 Proz. gestiegen, in einigen Fällen um 200 Proz., in Ausnahmefällen sogar um 300 Proz. Seit Januar 1921 hat ein ständiger Lohnabfall eingesetzt, so daß in einigen Fällen, z. B. im Falle der Bergarbeiter einzelner Reviers, die Lohnhöhe im Februar 1922 die der Vorkriegszeit nur noch um 20 Proz. überstieg. Nur bei den niedrigst bezahlten Gruppen haben manche Arbeiter noch einen Lohn, der 150 Proz. höher ist als vor dem Kriege.

In der Buchindustrie erhielten Handfeger am 4. August 1914 einen Wochenlohn von 35 Schilling 8 Pence, der am 31. Dezember 1920 mit 93 Schilling 4 Pence seinen Höhepunkt erreichte und am 28. Februar 1922 wieder auf 75 Schilling 1 Pence gesunken war. Für Buchbinder usw. war der Wochenlohn am 4. August 1914 33 Schilling 11 Pence, der am 31. Dezember 1920 ebenfalls mit 93 Schilling 8 Pence am höchsten stand, jedoch am 28. Februar 1922 wohl gleichfalls stark gesunken war, jedoch mit 86 Schilling 7 Pence noch immer um circa 11 Schilling höher stand als der Minimallohn für Handfeger.

Gegenüber diesen stark an die Vorkriegszeit erinnernden „Friedenslöhnen“ erscheinen selbst uns als einem der valutastärksten Lande die in unserem Nachbarstaate Oesterreich gezahlten Löhne fast märchenhaft. So sind jetzt für unsere Wiener Berufsangehörigen neue Lohnsätze für die Woche vom 12. bis 17. Juni abgeschlossen worden, die für qualifizierte Arbeiter der Papierwarenbranche einen Spitzenlohn von 34 820 Kronen pro Woche vorsehen, während er für Arbeiterinnen 22 450 Kr. beträgt. In den Wiener Buchdruckereien betragen die Spitzenlöhne 35 736 Kronen pro Woche für Buchbindergehilfen und 20 191 Kronen für Arbeiterinnen. In den Buchbindereien sind die Gesamtmindestlöhne für Gehilfen im ersten Gehilfenjahr 15 863 Kr., die bis 33 099 Kr. vom Beginn des vierten Jahres steigen. Spezialarbeiter erhalten im ersten Jahre 16 470 Kr., im vierten 34 914 Kronen. Arbeiterinnen erhalten nach zweijähriger Berufstätigkeit 19 734 Kr. und Spezialarbeiterinnen nach derselben Zeit 20 588 Kr. Für Akkordlöhne erfolgt bei Handfegerinnen ein Aufschlag von 82 000

Prozent, bei Paginiererinnen 52 000 Proz. und für Beschneider am Dreischneider 70 000 Proz. Als Kostgeld für Lehrlinge werden von der paritätischen Kommission empfohlen: im ersten Lehrjahre 1500 Kr., im zweiten 2500 Kr. und im dritten 3500 Kr.

Aber geradezu phantastische Lohnsummen begegnen wir bei den russischen Arbeitern. Und doch sind die Arbeitslöhne in Rußland nach der „Konomitscheskaja Schisn“ vom 27. April 1922 trotz starker Erhöhung der Nominallöhne der schnellen Preissteigerung nicht gefolgt. Der durchschnittliche Monatsverdienst eines Industriearbeiters stieg von 5,65 Millionen Sowjetrubel im März auf 11,2 Sowjetrubel im April. Im Lohnbezirk Moskau und Petersburg betrug der monatliche Gesamtverdienst eines mittleren Arbeiters 23 1/2 Millionen Sowjetrubel, wovon 9 Millionen für Lebensmittel abgezogen werden. Trotz der enormen Steigerung der Nominallöhne wird ein andauerndes Sinken der Reallohn vermerkt, die nach derselben Quelle vom November v. J. bis zum Mai d. J. fast auf ein Drittel zurückgegangen sind.

### Gewissenlose Quertreiber.

Daß man in kommunistischen Arbeiterkreisen noch immer die gewissenlose und arbeitserfeindliche Taktik verfolgt, kleine Differenzen unter allen Umständen auf die Spitze zu treiben, die Unzufriedenheit bis zur Steidigkeit zu steigern und dann selbst vor den Konsequenzen bangt, zeigt wieder ein Vorkommnis aus neuester Zeit, das sich in folgendem Briefwechsel widerspiegelt:

„Kommunistische Partei (11. Bezirk) Halle-Merseburg, Abt. Gewerkschaft.

Eilbrief! Halle, den 11. April 1922.  
An die Zentrale der A.P.D., Abt. Gewerkschaft, Indgr., Land, Berlin.

Betr.: Sitzung des Arbeitsausschusses für die Landarbeiterbewegung am 10. April, abends 6 Uhr.

Werte Genossen!

An der Sitzung nahmen teil: Union der Hand- und Kopparbeiter Schmidt, Hertel, Lange (Halle), Buhl (Merseburg), Schiele (Eisleben). Seitens der Bezirksleitung: Höder, Schönlant, Walter; vom Oberbezirk: Heilmann.

Zuerst fand eine Aussprache über die am Sonntag abgehaltenen Kreis Konferenzen statt. Die dort angenommenen Resolutionen betragen zwar, daß die Landarbeiter zu einem Streik bereit sind, doch fehlen konkrete Angaben über Arbeitsniederlegung.

Die Vertreter der Union erklärten, daß im Unterbezirk Merseburg und Mansfeld am Mittwoch mit dem Ausbruch des Streiks unbedingt zu rechnen sei. Hier die Landarbeiter vom Streik abzurufen, sei unmöglich und würde für Union und Partei katastrophale Folgen haben. Der einzige Ausweg sei, am Mittwoch, mittags 12 Uhr, durch die Union und Partei zum allgemeinen Streik der Landarbeiter aufzurufen.

Die Vertreter der Bezirksleitung mußten ablehnen, daß die Partei offiziell als Führer in wirtschaftlichen Kämpfen auftritt. Als Leitung des Kampfes kann in diesem Falle nur die Tarifkommission der Landarbeiter in Frage kommen. Die

steuerter sie ihren Kahn und ließ ihn leise in das Schilf am Ufer gleiten.

Einige Minuten später vernahm Charlotte leichten Ruderschlag, und als sie durch das Schilf spähte, sah sie ein Boot nahen, besetzt mit einem Manne, der auf die Stelle jubelt, an der sie im Schilf versteckt lag. Sollte er es sein? Ihr Herz fing an zu klopfen, denn das Boot des Wertes war es, das sah sie jetzt deutlich. Gleich darauf glitt es ebenfalls in das Schilf hinein, legte sich Bord an Bord mit ihrem Kahn, und eine Stimme flüsterte: „Guten Abend, Fräulein Lindner! Wie freue ich mich, Sie wiederzusehen!“ Er streckte ihr die Hand entgegen und sie legte unbedenklich die ibrige hinein. So hand in Hand tauchten sie dem süßen Fröhen und Schluchzen der Nachtigall. Als die Sängerin eine Pause machte, sagte er leise: „Da bilden wir Menschen uns immer ein, mit unserer Sprache an der Spitze der irdischen Geschöpfe zu stehen, und doch wie arm ist alles, was wir mit Worten auszudrücken vermögen, gegen diesen Liebesgesang.“

Charlotte nickte nur mit dem Kopfe, und er flüsterte weiter: „Es ist eine einzig schöne Nacht, und ein gütiges Geschick hat uns diese Stunde geschenkt und uns zusammengeführt. Ich habe eine solche Minute ungehörten Zusammenfins mit Ihnen heiß ersehnt, um Ihnen sagen zu können, wie sehr ich Sie lieb gewonnen habe und um Sie recht herzlich zu bitten, mir Gelegenheit zu öfterem Verkehr mit Ihnen zu geben, damit Sie die Möglichkeit haben, mich näher kennenzulernen. Darf ich auf die Erfüllung dieser großen Bitte hoffen, Fräulein Lindner?“

„Ja!“ hauchte sie und setzte dann noch leise hinzu: „Auch ich habe den Wunsch, Sie recht oft zu sehen.“ Vielleicht legen Sie Sonntags einmal mit dem Boot an unserer Insel an. Ich mache Sie dann mit meinem Vater bekannt und bitte ihn, daß er Sie zu weiteren Besuchen einlabet.“

„Darf ich vielleicht morgen schon kommen?“ fragte er rasch.

„Rein, Herr Jache! Vater will morgen selbst einen Bekannten besuchen. Aber morgen über acht Tage wird es gehen.“

„Danke! Tausend Dank!“ flüsterte er, ihre Hand mit Küßen bedeckend. „Und nun lassen Sie, wenn wir allein sind, den teifen Herrn Jache fort, nennen mich nur Wilhelm und geben mir dafür die Erlaubnis, Sie nur Charlotte zu heißen.“

„Ich weiß nicht, ob ich das fertigbringen werde. — Haben Sie denn Nachtdienst, Herr — Wilhelm?“

„Eigentlich nicht. Nur aus besonderem Interesse bringe ich abends einige Stunden im Werk. Es liegt mir daran, den Gang der von mir konstruierten Maschinen zu beobachten, ihre Leistungen zu kontrollieren und für sachgemäße Wartung zu sorgen. Andere Maschinen sind nur auf den alten Typ eingeschult, in die Eigenheiten des neuen müssen sie sich erst hineinfinden. Bis jetzt ist glücklicherweise alles sehr gut gegangen; die Maschinen arbeiten vorzüglich, mit einem viel höheren Effekt als er bisher erzielt wurde, und mit jedem weiteren Tage wird auch die Gefahr geringer, daß durch ein Versehen in der Wartung eine Störung eintritt. Seitdem die Nachtigall singt, bin ich jeden Abend, wenn ich mit meinen

Beobachtungen fertig war, hierher gefahren und habe lange geschaut.“

„Ich habe sie heute abend zum ersten Male gehört.“

„Rein, es ist schon der fünfte Abend, daß sie schlägt.“

So plauderten und lachten sie noch einige Zeit, dann fuhr Charlotte nach herzlichem Abschied von Jache heim, und auch dieser lenkte bald darauf sein Boot nach der Anlegestelle am Werk zurück.

Hatten am vorhergegangenen Abend ihre Nerven gestürmt, so überkam Charlotte nach dem Zusammen-treffen mit Jache, das ihr die volle Gemüths brachte, daß sie von ihm geliebt wurde, ein seltsames Gefühl der Ruhe, des gesicherten Glückes. Nach ihrer Rückkehr suchte sie sofort ihr Lager auf und schlief gut und süß die Nacht durch, bis in den hellen Sonntagmorgen hinein.

Vater Lindner dagegen stand ganz früh auf. Da die Schonzeit für die Fische vorüber war, konnte er zum ersten Male wieder auf den Fischgang ausfahren. Die Geräte und der Räder für die Fische lagen schon bereit, und ohne Aufenthalt fuhr er hinüber nach seinem Streifen am Ufer. Er hoffte einen recht guten Fang zu machen, und damit seinem Vottchen eine Ueberraschung und Freude zu bereiten. Doch es sollte anders kommen. Eine so grausame Enttäuschung wie an diesem Morgen hatte er noch nie beim Angeln erlebt. Auch nicht ein einziges Fischlein erbeutele er, und schließlich erkannte er auch die Ursache seines Mißgeschickes.

(Fortsetzung folgt).

Partei wird, sobald der Streik ausgebrochen, denselben agitatorisch unterstützen.

Nach längerer Aussprache wurde folgendes beschlossen: Die Tariff Kommission (Union der Hand- und Kopfarbeiter) wird eine Aufforderung zum Streikbeginn auf Mittwoch mittag 12 Uhr ausarbeiten, diese der Bezirksleitung vorlegen und nach Einverständnis derselben die Aufforderung durch ihre Vertrauensleute in der Nacht vom Dienstag auf Mittwoch auf den Gütern verteilen. Der Aufruf wird in allen Ausgaben des „Klassenkampf“, einschließlich der Magdeburger „Tribüne“, und „Kasseler Arbeiterzeitung“ am Mittwoch veröffentlicht werden.

In der Aussprache haben die Vertreter der Bezirksleitung den vorgeschlagenen Weg als gefährlich bezeichnet, da auch nach Auffassung der Union die Basis und Aussichten des Streiks sehr ungünstig sind. Wir haben — mit Ausnahme des Genossen Schönlaht — dieser Abmachung nur zugestimmt, um ein vollständiges Durcheinander der Landarbeiterbewegung zu verhüten. Die ungenügende Schulung der Landarbeiter und die bevorstehenden Feiertage erschweren einen Erfolg von vornherein.

Wir erwarten, daß die Abteilung Land einen Vertreter in das Streikgebiet entsendet, sobald der Streik einen größeren Umfang annehmen wird. Die Bezirksleitungen Sena und Magdeburg sind durch Pressegespräch informiert.

Mit kommunistischem Gruß!

2 Anlagen.

„Kommunistische Partei (11. Bezirk) Halle-Merseburg, Abt. Gewerkschaft.

Halle, den 11. April 1922.

An die Unterbezirksleiter des Bezirks Halle-Merseburg, Werte Genossen!

In der Anlage Abschrift eines Schreibens, das die Bezirksleitung an die Zentrale, Abt. Land, gesandt hat. Der Inhalt muß für euch während des Landarbeiterstreiks maßgebend sein. Wir befinden uns in einer Zwangslage und wollen durch unsere Zustimmung verhalten, uns mit den Genossen von der Union zu überwerfen. Kommt der Streik zustande, so ist eure Aufgabe, möglichst die Mitglieder des DVB. in den Kampf hineinzuziehen und durch sachliche Propaganda die Leitungen des DVB. zu veranlassen, die Führung des Kampfes mit zu übernehmen.

Unbedingt erforderlich ist, daß wir über die Stimmung der Landarbeiter und Ausdehnung des Streiks regelmäßig unterrichtet werden und besonders wichtige Vorgänge uns sofort telephonisch gemeldet werden.

Aus vorstehendem spricht so recht der Geist politischer und wirtschaftlicher Kindstöße und gewissenloser Abtaufens. Erst erzeugen sie eine künstliche Streikstimmung bei einigen urteilslosen Arbeitern und erklären, daß ein Streik unabweisbar sei, weil die Kommunistische Partei und die Union dadurch Schaden leiden würden. Es geht also nicht um das Wohlergehen der Arbeiter, sondern um das dieser Organisationen. Sie wissen, daß „die Aussichten sehr ungünstig sind“ wegen der „ungenügenden Schulung und der Feiertage“, trotzdem wird der Streik beschlossen. Ach, die „Klugen“, sie wissen sich zu helfen: möglichst viel Mitglieder des Deutschen Landarbeiterverbandes sollen mitgerissen und der Verbandsleitung die Führung aufgezungen werden. Die Rechnung geht also dahin, daß der Landarbeiterverband die Kosten für die Spitzbubenaktion einiger nichtsühiger Erdenbewohner tragen soll. Das nennt man Gewerkschaftszerstörung.

Aus der Geschichte des Bucheinbandes.

Die Nürnberger Stadtbibliothek hat vom 11. Juni bis zum 27. August eine unentgeltliche Ausstellung veranstaltet, auf der in zwei Abteilungen die Nürnberger Buchgeschichte und die Geschichte des Bucheinbandes im allgemeinen gezeigt werden. Aus diesem Anlaß veröffentlicht H. Bod in der „Frankfurter Tagespost“ folgende interessante Abhandlung über den Bucheinband.

Etwas seit dem vierten Jahrhundert unserer Zeitrechnung gibt es eine Buchbinderarbeit im modernen Sinn, die den Buchblock in eine dauerhafte Hülle mit Rücken fest einzuwickeln hat. Früher, in der Zeit der Buchrolle, war das alles ganz anders gewesen. Schon bald hat sich dann die Kunst des Handwerks angenommen, und heute achten wir beim Betrachten eines Einbandes gewöhnlich zuerst auf seine Schönheit, dann erst auf seine Dauerhaftigkeit.

Im frühen Mittelalter hatten die Bücher einen ungleich höheren Wert als heute, denn es gab nicht nur noch keinen Buchdruck, sondern auch sehr wenig Leute, die Bücher gewerbsmäßig durch Abschreiben vervielfältigten. So konnte es vorkommen, daß jemand ein Buch für sein bestes Pferd eintauschte. Kein Wunder, daß man da die Bücher auch, ihrem Wert entsprechend, mit verschwenderischer Pracht ein-

band, Eisenbeintafeln mit Bildschnitzereien, Gold und Edelsteine auf dem Vorderdeckel anbrachte, auf dem Rückdeckel oft flache Metallplatten mit figürlichen Darstellungen. Da war also die Einbandkunst, soweit das Dekorative mißrath, noch fast ganz Aufgabe des Goldschmieds. Doch aus dieser Frühzeit hat die Stadtbibliothek keinen bemerkenswerten Bucheinband.

Aus dem 14. und 15. Jahrhundert stammen unsere ältesten Beispiele. Damals war der Gebrauch einband aus hartem Holz, das mit Leder, Pergament oder seltener mit einem Stoff, wie Samt oder Seide, überzogen wurde. Pappo als Einbandmaterial lernten die Deutschen erst spät von den südeuropäischen Ländern her kennen, die sie von den Arabern übernommen hatten. Rinds-, Kalb- und Schweinsleder herrschte im späteren Mittelalter vor, früher hatte man auch gerne Wildleder verwendet; es kam dann ab, weil es nicht so leicht die Verzögerungen annahm, die man jetzt auf dem Einband anzubringen liebt. Diese wurden zunächst meist „blind“ (ohne Gold) in das angefeuchtete Leder mit erwärmten Metallstempeln eingepreßt. Solche Blindprägung tragen auch die ältesten bedeutenderen Einbände der Stadtbibliothek, hauptsächlich Pflanzenmuster und Tierbilder.

Daneben blühte, besonders in Franken und Westdeutschland, etwa von 1400 bis 1500, eine andere Technik der Lederarbeit. Zuerst schnitt man nur ganz flach Bilder und Schriftzeichen ins Leder hinein, dann machte der Lederfärbler Anleihen bei der Metalltechnik und wuschte die ausgeschnittenen Figuren durch „Bunzen“ (Einbrühen unzähliger ganz kleiner Kreise) in leergebliebenen Feld stärker hervorzuheben zu lassen, schließlich gab er den Bildern durch Unterscheiden und Treiben überraschend plastische Wirkung. Die Ausstellung zeigt sieben solche Lederstücke aus verschiedenen Entwicklungsstufen, Prachtstücke mit Bildern aller Art.

In der Deutschen Renaissance lösten den Lederschnitt verschiedene andere Techniken ab: die Bandverzierung, unter orientalischem Einfluß im 15. Jahrhundert in Italien groß geworden, wurde durch Plattenstempel hergestellt, mit denen man meist in die Mitte des Deckels ein großes Vierstück in Gold einpreßte, dem in den Ecken vier kleinere Stücke entsprachen, und dazu kamen noch die berühmten Renaissance-Randleisten, gewöhnlich mit Rollenstempeln aufgetragen. Als Mittelstücke waren auch figürliche Darstellungen, ähnlich den Platten des Kupferstichs, damals modern. Eine andere Art war das Ornament in aufgemalten Lackfarben, gelegentlich mit Goldprägung zusammen. Auch Bildnisse berühmter Männer, hier und da sogar gemalt, waren als Mittelstücke beliebt. Schweinsleder decorierte man im 16. und 17. Jahrhundert gewöhnlich in Blindprägung, aber mit denselben Stempeln, wie man sie für Goldbrat verwendet; Ausnahmen kamen vor und sind auch hier vertreten. Umgekehrt schmückte man Pergamentbände lieber mit Gold- als mit Blindprägung.

Im späteren 17. und im 18. Jahrhundert herrscht die Goldprägung beim Luxuseinband vor, doch sieht man ab und zu bemalte Pergamentbände oder nur edles Leder mit Metallbeschlügen darauf; der schlichtere bunte Pappband, heute wieder modern, taucht in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts auf. Aber immer spiegelt die Einbandverzierung ziemlich treu die Mode ihrer Zeit.

Dies in ganz kurzen Zügen die Geschichte des künstlerisch geschmückten Bucheinbandes. Unter den etwa 200 ausgestellten Büchern wird eine ganze Anzahl weniger gelungener Stücke auffallen; die sollen veranschaulichen, wie sehr die günstige Wirkung oft von der Kunst und Umsicht des Buchbinders selbst abhängt, ohne Rücksicht auf den Goldarbeiter oder Formschneider, der ihm seine Stempel, Rollen, Platten usw. liefert; manchmal sehen wir dieselben Ornamente auf zwei Bänden nebeneinander verwendet, auf dem einen wirken sie wunderbar schön, auf dem andern beleidigen sie das Auge, nur weil sie dort geschmackvoll verteilt und aufeinander abgestimmt sind, während man sie hier vielleicht unpassend zusammengeklebt oder des Guten zuviel getan oder die Stücke gar trumm und ungenau abgedruckt hat. Die verschiedensten Techniken und Stile hatten ihre Berechtigung und brachten die verdiente Wirkung hervor, aber auf die Persönlichkeit des Ausführenden und seine sachliche, solide Arbeit kam alles an.

Die Ausstellung lehrt endlich auch, wie stark das Kunstgewerbe von den Notwendigkeiten des täglichen Gebrauchs beeinflusst ist; so hängt die Stelle, an der künstlerischer Schmuck angebracht wird, und die Art dieses Schmuckes selbst von den Gepflogenheiten der Bücheraufbewahrung ab: in früheren Jahrhunderten legte man die Bücher einzeln nebeneinander auf Pulten auf, da war natürlich der Vorderdeckel die bevorzugte Stelle, die eigentlich die Schauffeite, und auch der Titel des Buches wurde hier angebracht; legte man die Bücher auf etwas höhere Regale, so mußte der Titel auf den Schnitt, mit Vorzüge auf den einer

Schmalseite, geschrieben werden. Erst nach dem Jahre 1500 kam langsam die Sitte auf, die Bücher in unserer heutigen Weise mit dem Rücken gegen den Beschauer nebeneinander, eng zusammengepackt, aufzustellen; das brachte mit der Zeit drei Neuerungen: die Metallbeschlüge, die bis dahin zum Schutze und Schmuck gebildet hatten, mußten fallen, mit Ausnahme der Prachtbände, die zum Auflegen bestimmt waren (leider hat man in der Stadtbibliothek die alten Beschlüge später fast alle entfernt); der Vorderdeckel hat kein so großes Vorrecht mehr vor dem Rückdeckel, deshalb werden beide vom 16. Jahrhundert an oft ganz gleich üppig ausgestattet; und der Rücken wird nicht bloß als jetzt sichtbar gewordene Stelle auch in die Decoration mit einbezogen, er wird sogar zum Träger der Titelaufschrift, die allerdings erst vom Ende des 16. Jahrhunderts an öfters in Gold aufgedruckt worden ist.

Gautag des Gaues Rheinland links des Rheines

am 11. Juni in Köln.

Gauleiter Dräger eröffnete morgens 10,25 Uhr die Konferenz mit einem Willkommengruß an alle erschienenen Teilnehmer. Vertreten sind sämtliche Zahlstellen des Gaues sowie die Orte Geldern, Lobberich und Dedt durch Einzelmitglieder. Außerdem die Kölner graphischen Zahlstellen, vertreten durch Buchdrucker Böschner; Lithographen und Steindruckere, Reiß; Buchdruckerhilfsarbeiter Kraß und Graphisches Kartell Köln Dietrich. Ferner sind als Gäste anwesend von der Gauleitung Rheinland die Kollegen Grönhoff und Wähler-Eiberfeld. Zahlstelle Düsseldorf: Kollege Wint.

Zur Leitung der Konferenz werden bestimmt: Vorstehender Kollege Eickmann, Schriftführer Kollege Dechant; Führer der Rednerliste Kollege Kimm.

Tagesordnung: 1. Der Verbandsstag in Kassel und Stellungnahme zu dessen Beschlüssen: a) Graphischer Industrieverband, b) Beitrags- und Unterstützungsfragen, c) Neue Aufgaben des Verbandes. 2. Neufestsetzung der Gaubeiträge. 3. Statistische Erhebung im Gau. 4. Unsere Lohn- und Tarifpolitik. 5. Verschiedenes.

Zu Punkt 1 referierte Gauleiter Kollege Dräger, der u. a. auf das Wachsen unseres Verbandes, die beschlossene bessere Ausgestaltung der „Buchbinder-Zeitung“ und Beschäftigung der Hochschulen durch unsere Mitglieder hinwies. Auf die letzten getätigten Lohnabschlüsse hinweisend, legt er auseinander, warum wir oft unbefriedigenden Resultaten zustimmen mußten. Für die Zukunft dagegen seien wir besser gerüstet. Rücksicht aller Zahlstellen müsse es sein, bezüglich der neuen Beiträge voll ihre Schuldigkeit zu tun. Redner bespricht den graphischen Industrieverband mit seinen Vor- und Nachteilen. Wenn es nicht gelingt, durch die stillen graphischen Kartelle besseres innigeres Zusammenarbeiten aller graphischen Verbände zu erreichen, würde auch keine Förderung des graphischen Industrieverbandes erfolgen.

Die eingehende Diskussion war nicht zahlreich, aber um so tiefgründiger. Kollege Sarau. Dürren bespricht die Wichtigkeit der Beschlüsse vom Verbandsstag und unsere Funktionen hierzu. Er fordert den Industrieverband. Das Hemmnis gegen denselben liegt oft im Ueberbezugsgeld vieler graphischen Kollegen. Des weiteren wünscht er Besserstellung der Lebenslage durch Kampf. Die Artikel Kasseler Verbandsstag haben keine zielsichere Latit gebracht. Dr. Striemers Artikel in der „Betriebsrätezeitung“ sind nicht zum Vorteil der Arbeiterschaft. Wir müssen dem Kapital anders zu Leibe gehen als nur mit Aufklärung. Unsere Beitragserhöhung, die nötig sei, müssen wir bei allen Mitgliedern mit Energie durchführen. Er empfiehlt öfteres Zusammenkommen des Gaues, um sich gegenseitig besser kennen zu lernen und auszubilden. Bessere Ausgestaltung der „Buchbinder-Zeitung“ sei nötig.

Ein m o s - Wagen schließt das graphische Kartell in Baden und seine Untätigkeit. Wir müssen die Initiative ergreifen, damit es besser wird.

P a p p e r t: Wann sagt der Verbandsstag sei ein Parteitag gewesen. Große Reden seien geschwungen worden von Leipzig und Berlin. Die Hochschulausbildung und Beitragserhöhung seien zu spät gekommen. Der Graphische Industrieverband müsse durch gemeinsames Zusammenarbeiten entstehen. In seinem Schlusswort geht Kollege Dräger auf die einzelnen Diskussionsredner ein. Bei einem Kampfe in unserem Gewerbe sind wir der Solidarität der übrigen graphischen Gewerbe sicher. Das Verhältnis der graphischen Verbände zum Industrieverband müsse viel besser werden.

Zu Punkt 4, Neufestsetzung der Gaubeiträge, referiert Gauleiter Kollege Dräger. Hinweisend auf die heutige Tagung als auch auf den Streik in Krefeld, sei es nötig, die Gaubeiträge zu erhöhen. Ausführlich solle ein Gautag stattfinden. Besondere

**Internationales.**

**Polnischer Gewerkschaftskongreß.**

Vom 25. bis 27. Mai fand in Krakau der zweite Kongreß der klassenbewußten Gewerkschaften Polens statt. Aus dem Tätigkeitsbericht, den der Vorsitzende Genosse Zulawski gab, entnehmen wir, daß die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder, die dem Gewerkschaftsbund angeschlossen sind, seit dem letzten Kongreß von 250 000 auf eine halbe Million gestiegen ist.

Ueber die politische und wirtschaftliche Lage referierte der Genosse Kwapiński und schilderte die schwierige Lage, in welcher sich die Arbeiterklasse gegenwärtig befindet. Um die Organisationen schlagfertig zu erhalten, sei es notwendig, daß die strammste Disziplin geübt wird. Zur Frage der Organisation referierte Genosse Ehrlich, welcher die Notwendigkeit der proletarischen Einheitsfront besonders betonte.

In der lebhaften Diskussion wurde den Kommunisten der Vorwurf gemacht, daß sie das Wort Einheitsfront stets im Munde führen, in Wirklichkeit strebten sie danach, die Gewerkschaften zu zersplittern und dann der Moskauer Internationale anzugliedern.

Gegen den Militarismus und gegen den Krieg wurde eine Resolution angenommen, worin betont wird, daß der Militarismus der größte Feind des arbeitenden Volkes ist. Der Kongreß protestiert auf das entschiedenste gegen die fortwährenden Rüstungen, verlangt den weitestgehenden Abbau der stehenden Heere, Waffen- und Munitionserzeugung bis zur endgültigen Beseitigung des Militarismus. Im übrigen erklärte sich der Kongreß solidarisch mit dem gefaßten Beschluß des in Rom stattgefundenen internationalen Gewerkschaftskongresses in Fragen des Militarismus und den Kriegsvorbereitungen. Angenommen wurde noch eine Entschliessung, in der gegen die Unterdrückung der Minderheitsnationen Protest eingelegt wird. Alle Staatsbürger dieses Staates müssen ohne Unterschied von Nation oder Konfession die gleichen Rechte genießen.

**Berichte.**

**Hamburg.** In der außerordentlichen Generalversammlung der Zahlstelle am 15. Juni 1922 gab Kollege Küster den Bericht der letzten Lohnverhandlungen in ausführlicher Weise. Redner schilderte die außerordentlichen Schwierigkeiten, mit denen unsere Vertreter bei den Verhandlungen zu kämpfen hatten, um endlich die äußerst bescheidenen, den jetzigen Verhältnissen sich ganz und gar nicht anpassen den Löhnen abzuschließen zu können. In der lebhaften Aussprache wurde von allen Rednern betont, daß die getätigten Lohnabschlüsse mit der gegenwärtigen Teuerung in keinem Verhältnis stehen. Die Verwaltung wurde beauftragt, den Verbandsvorstand zu veranlassen, umgebend neue Verhandlungen anzubahnen. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

„Die außerordentliche Generalversammlung des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter in Hamburg-Altona protestiert ganz entschieden gegen den auf 8 Wochen getätigten Abschluß eines Lohnabkommens für den Reichstarif der Buchbinder und verwandter Gewerbe. Der getätigte Abschluß hat in keiner Weise den kuren wirtschaftlichen Verhältnissen Rechnung getragen. In Anbetracht der immer noch steigenden Teuerung beantragt die Versammlung, beim Vorstand und Tarifausschuß des Verbandes bei der Erneuerung des Reichstarfs dahin zu wirken, daß eine wesentliche Erhöhung der Löhne im Tarif herbeigeführt wird, die einen Ausgleich in der Bestreitung der Kosten für den Lebensunterhalt bringt.“

Als Mitglied des Tarifausschusses wurde Kollege Küster einstimmig wiedergewählt. Für die Wahl eines Mitgliedes zum Verbandsbeirat wurden die Kollegen Piennig und Lange und als Stellvertreter der Kollege Krohn in Vorschlag gebracht. Kollege Senreich gab in ausführlicher Weise Bericht von der Tätigkeit der Statutenberatungskommission. Die von der betreffenden Kommission im Verein mit der Ortsverwaltung ausgearbeiteten neuen Lokalbeiträge und Unterstützungssätze wurden von der Versammlung einstimmig anerkannt. Kollege Küster brachte einen von Herrn Bobst vom Deutschen Buchdrucker-Bereit geschriebenen Brief und einen Zeitungsartikel in den „Hamburger Stimmen“, die Mailfeier betreffend, zur Kenntnis. Es entstand eine lebhaft Diskussion, in der zum Ausdruck gebracht wurde, lieber auf ein paar kirchliche Feiertage zu verzichten, als von der Mailfeier jemals wieder abzulassen. Die Versammlung beschloß hierzu folgende Resolution:

„Die am 15. Juni 1922 stattgefundenen Generalversammlung des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter, Zahlstelle Hamburg-Altona, hat den Artikel betr. Mailfeier in den „Hamburger Stim-

men“ auf Wunsch des Vorsitzenden des Deutschen Buchdrucker-Bereits zur Kenntnis genommen. Die Verammelten lehnen es einmütig ab, den Schlußfolgerungen eines Renegaten Folge zu leisten und erklären nach wie vor an den von der Arbeiterchaft festgelegten Feiertagen festzuhalten.“

Zur der Frage des Arbeitsnachweises wurde einstimmig beschlossen, mit dem Deutschen Buchdrucker-Berein im Interesse der Unternehmer und der Arbeitslosen eine Verständigung dahingehend herbeizuführen, daß der Arbeitsnachweis in unserm Bureau verbleibt.

Als Mitglieder des Gewerkschafts wurden die Kollegen Lange und Krohn gewählt.

Nachdem Kollege Küster noch auf den Hochschulfiskus für weibliche Gewerkschaftsmitglieder hingewiesen hatte, war Schluß der gut besuchten Versammlung.

**Cübed.** In der letzten Mitgliederversammlung berichtete Kollege Zimmermann über den Verbandsstag. Die Beitragsserhöhung wurde beifällig aufgenommen. Die Beitragsserhöhung wurde besonders eingehend behandelt und beschlossen, sämtliche Beitragsklassen hier einzuführen. Nachdem Kollege Niemöller den Bericht vom Ortsausschuß des ADGB gegeben hatte, wurde über die Erhöhung der Lokalbeiträge verhandelt. Nach längerer Debatte, wobei noch verschiedene Anträge gestellt wurden, kam der Antrag des Vorstandes zur Annahme. Danach werden vom 1. Juli ab an Lokalbeiträgen erhoben: Für die I. Beitragsklasse 1 Mk., für die II. und III. Beitragsklasse je 1,50 Mk. und für die IV. und V. Beitragsklasse je 2,50 Mk. Sodann wurde noch beschlossen, einen Ausflug am 25. Juni zu machen.

**Celzpyg.** (Luguspapierbranche.) Die am 8. Juni stattgefundenen Versammlung der Luguspapierbranche nahm den Bericht des Kollegen Thalheim von den örtlichen Verhandlungen mit den Steindruckereibesthern entgegen. An Erhöhungen der Löhne wurden erzielt dieselben Zulagen wie sie die Steindrucker bei ihren zentralen Verhandlungen erhielten in Höhe von 110 bis 130 Mk. pro Woche. Arbeiterinnen von 14 bis 16 Jahren erhielten 35 bis 40 Mk., im Alter von 16 bis 20 Jahren 55 bis 65 Mk. und über 20 Jahre alt 70 bis 75 Mk. pro Woche. Thalheim entrollte ein Bild von den Schwierigkeiten der diesmaligen Verhandlungen, da die Unternehmer sich auf bestehende niedrigere Löhne anderer Großstädte stützten. Das Abkommen wurde auf die Dauer eines Monats mit Giltigkeit bis zum 30. Juni abgeschlossen.

In der Diskussion kam die Unzufriedenheit über die Anzulänglichlichkeit des Abkommens zum Ausdruck. Es wurde aber auch über mangelhaftes Interesse der Berufsangehörigen an ihrer eigenen Klassenlage geklagt. Insbesondere wurde dies von einem Teil der Redner von den Beschäftigten der Firma Wezel und Raumann behauptet. Dort haben sich Verhältnisse entwickelt, die nur mit dem Ausdruck Schwelgerei bezeichnet werden können. Eine Durchschnittsarbeiterin ist dort nicht in der Lage, ihren tariflichen Lohn zu verdienen. Dabei ist die Firma in der Lage, an ihre Aktionäre sehr hohe Dividenden verteilen zu können. Hier ist es an der Zeit, daß endlich die dort Beschäftigten sich aufrufen und den bestehenden unwürdigen Zustand aus der Welt schaffen, so daß die tariflichen Bestimmungen voll zur Geltung kommen.

In der weiteren Aussprache wurde darauf hingewiesen, daß in der zweiten Hälfte des Monats Juni die Manteltarifberatungen über den Branchentarif stattfinden und sich eine Vertrauensmännerfürgung mit den dazu gestellten Anträgen beschäftigen wird. Mit einem Appell an die Versammlung, restlos die Extrabeiträge abzuführen, und einem Hinweis auf die am 1. Juli bedeutend erhöhten Verbandsbeiträge wurde die Versammlung geschlossen.

**Celzpyg.** Die Kollegen der Kartonnagen- und Etuisbranche nahmen am 14. Juni den Bericht des Kollegen Thalheim über die Verhandlungen mit der Adbeck entgegen. Der Bericht ließ erkennen, daß es das eifrige Bemühen der Arbeitgeber gewesen ist, nicht über die Spitzenlöhne der letzten Api-Verhandlung hinauszuweichen. Mit derselben Energie haben sie sich auch für den 31. Juli als Abfallstermin eingesetzt. In der Diskussion wurde es als unmöglich erklärt, mit der schon jetzt durch die Teuerung überholten Lohnserhöhung bis 31. Juli zu arbeiten. Es wurde einstimmig ein Antrag angenommen, worin der Verbandsvorstand dringend ersucht wird, in den allerhöchsten Tagen erneute Verhandlungen zu beantragen, damit ein Lohn für die Branchenangehörigen festgelegt wird, welcher ihnen zu existieren gestattet und nicht wie jetzt immer weiter zu verelenden. Einige Kollegen der Branchenkommmission gaben bekannt, daß sie auf kurze Stunden den letzten Verhandlungen als Gäste beigewohnt haben und betonten, daß es notwendig sei, daß bei der Neuwahl der Tarifausschuhmitglieder im Reiche die Kollegenschaft darauf bedacht sein müsse, sich nicht immer und in allen Fällen an den Gauleiter zu klammern, sondern sich bemühen

Anlässe im Gau machten aber auch besondere Tagungen nötig. Die kleinste Mitgliedschaft sollte auf diesen Veranstaltungen verereten sein. Der Gauvorstand schlägt folgende Festsetzung der Gaubeiträge vor: Einzelmitglieder im Gau 1 Mk. pro Woche, Zahlstellen 50 Pf. pro Mitglied und Quartal. Der von ihm gegebene Klassenbericht für den Gau weist die Notwendigkeit einer Beitragsserhöhung nach. Für den viertwöchigen Streit in Krefeld sind in unserem Gau 13 000 Mk. aufgebracht worden, ein erfreuliches Zeichen unserer Gaumitglieder. Nach einer regen Diskussion, in der teils für den Beitragsvorschlag des Gauvorstandes, teils für höhere Sätze eingetreten wird, erfolgte Annahme des vom Gauvorstand eingebrachten Antrages.

Ein Antrag: Gautionen aus besonderen Anlässen stattfinden zu lassen, wird angenommen.

**Punkt 3.** Statistische Erhebung im Gau, behandeln die Kollegen Eitmann und Dreger Neue Fragebogen für den Gau würden herausgegeben, es müßte aber hierzu alzeitige Unterstützung verlangt werden. Er bittet noch um Angaben von Betrieben der Beutels- und Tütenindustrie im Rheinland, da diese Berufsangehörigen vielfach noch anderen Verbänden angehören. Die eingehende Diskussion ergab Einverständnis betr. der statistischen Erhebungen für unseren Gau. Verschiedene Kollegen schilderten die Schwierigkeiten bei dieser Arbeit.

Kollege Eitmann wünscht statistische Erhebungen in den Strafanstalten.

**Ueber Punkt 4.** Unsere Lohn- und Tarifpolitik, referiert Kollege Dreger. Hinweisend auf die demnächstigen Verhandlungen zeigt er besonders den Sturm der Unternehmer auf das Ortsklassenverzeichnis, darunter auch die Arbeitgeber im Rheinland. So beabsichtigt die Firma Bagel-Düffeldorf ihre Arbeiter nach M.-Glabbach zu überweisen, da dieser Ort in einer niedrigeren Ortsklasse rangiere als Düffeldorf. Dreger wies nach, daß unser Buchbinderlohn an verschiedenen Orten sich mit dem anderer Berufe messen könne. In der hierzu erfolgenden Diskussion gibt Kollege Kniff Aufklärung über die Zuschläge im Kartonnagen-Reichstari und ihre Berechnung. Kollege Grönhoff-Eberfeld als Mitglied der Ortsklassenkommission schildert die Schwierigkeiten des Arbeitens in derselben. Kollege Dechant-Köln geht auf die Verhältnisse der Lohn- und Tarifpolitik im besetzten Gebiete ein.

Kollege Kröckert gibt den Standpunkt seiner Zahlstelle zum Reichstari bekannt, der Krefeld durch die besonders ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse keine Vorteile brachte. Daher Enttäuschung bei den Mitgliedern. Auch die Befragungsanlage gleiche den Unterschied nicht aus. Eingehend schildert er den Verlauf des Krefelder Streiks und das gute Standhalten der Mitglieder.

Kollege Sarau-Düren meint, die Erfolge des Reichstari sind durch die günstige Konjunktur gekommen. Er lehnt den Reichstari ab. Die Reichstaripolitik ist nicht die richtige Politik. Wir haben indirekten Lohnabbau. Wir müssen mehr Einfluß auf die Produktion gewinnen. In seinen weiteren Ausführungen gibt er Aufklärung, warum Düren keinen Reichstari hat.

Kollege Hauser-Biersen spricht zur Ortsklasseneinteilung.

Kollege Breidbach-Koblenz ist mit der jetzigen Reichstaripolitik einverstanden, nur verlangt er, Wochenlohn einzuführen. Der Passus im Reichstari betr. Bezahlung besonderer Leistungen sei nicht klar ausgedrückt. Die Befragungsanlage dürfe nicht abgebaut werden.

Kollege Klappert-Bonn bemängelt den letzten Lohnabschluß auf zwei Monate.

Kollege Simons-Nachen fordert mehr Bewegungsfreiheit des Reichstari. Zwischen Lebigen und Verheirateten müsse der Lohnunterschied abgeschafft werden. Für Lehrlinge sind besondere Entschädigungsätze zu fordern.

Kollege Reih, Vertreter der Lithographen und Steinbruder, Köln, wendet sich gegen die Ausführungen des Kollegen Sarau und hält an der Arbeitsgemeinschaft fest. Das läßt festhalten seiner Berufskollegen an der 47stündigen Arbeitszeit sei ein schwerer Kampf. Für ihre Fallklassen bieten die Unternehmer allerlei Vorteile. Der Graphische Industrieverband dürfe nicht mit Ueberzeugung geschaffen werden.

Hierauf wurde als Tarifausschuhmitglied Kollege Dreger bestimmt. Weitere Diskussionen betrafen Vordänge zur Verbandsstagswahl in Bonn, Remscheid, Trier, Aachen und Köln, welche teilweise durch Mißverständnisse oder Unkenntnis der betreffenden Bestimmungen entstanden waren.

Kollege Dreger weist noch hin auf den guten, harmonischen Verlauf der Gautionen und bittet alle Vertreter, allezeit für unseren Verband einzutreten.

Schluß der Gautionen 6 Uhr nachmittags.

Dito Dechant.

möge, aus ihren Kreisen zum Verbandstage Kollegen und Kolleginnen in den Tarifauschuß aus der Werkstube zu wählen. Eine Entschließung zum Schutze gegen die immer frecher auftretenden Großagrarier wurde eingebracht und angenommen, um sie an die zuständige Stelle weiterzuführen.

**Pforzheim.** Am 16. Juni fand hier eine Mitgliederversammlung statt, in welcher Kollege Mann über den Verbandstag und über die Lohnverhandlungen in Leipzig berichtete. In der folgenden regen Diskussion kam zum Ausdruck, daß das Lohnabkommen in keiner Weise befriedigte. Mit den schärfsten Worten wurde das Verhalten der Etuisfabrikanten gegeißelt. Doch kam auch zur Sprache, daß die Kollegen durch ihre Launeit und durch schlechten Versammlungsbesuch dazu beitragen, daß die Fabrikanten so umhahbar sind. Es wurde beschlossen, mit den Etuisfabrikanten nächste Woche eine gemeinschaftliche Sitzung abzuhalten betreffs Lohn- und Ferienfragen. Nach Wahl der Delegierten zum Gantag und mit der Bekanntgabe, daß in den nächsten Tagen eine außerordentliche Generalversammlung stattfindet, schloß der Vorsitzende die leider mäßig besuchte Versammlung.

**Rundschau.**

Vor großen Kämpfen scheint der Metallarbeiterverband schon wieder einmal zu stehen, wenn es nicht gelingt, noch im letzten Moment eine Einigung zu erzielen.

Der Schiedspruch in der Berliner Metallindustrie ist nämlich von den Arbeitern bei der Urabstimmung

mit Dreiviertelmehrheit abgelehnt worden. Nach dem bis jetzt bekanntem Ergebnis haben 328 Betriebe mit 80 489 Stimmen abgestimmt. Für die Annahme waren 18 227 Stimmen, dagegen 60 904 Stimmen, ungültig 1367 Stimmen. Die gewerkschaftlichen Verwaltungsorgane werden über die nunmehr geschaffene Lage Beschluf fassen.

**Ueber Alkoholenuß** äußert sich der bekannte Führer der österreichischen Sozialdemokratie mit folgenden beherzigenswerten Worten:

„Reine Agitationsreden gegen den Alkohol waren stets sehr kurz, sie bestanden eigentlich nur aus einem einzigen Satz: „Ich habe niemals einen Tropfen Bier getrunken.“ Vom Wein kann ich das allerdings nicht ebenso absolut behaupten, denn als wir Kinder waren, hatten die Mertez noch den Aberglauben, daß Wein ein „Stärkungsmittel“ sei, und so bekamen wir manchmal „als Medizin“ ein Glas Wein. . . . Mit etwa 19 Jahren wurde ich bewußter Abstinente. . . . Als ich einst in München lebte, wurde mir besonders deutlich, daß das gemüthliche Bier mindestens ebenso gefährlich ist wie der tüdische Schnaps. Die wandelnden Biertonnen in den Straßen Münchens, die allabendlich neu gefüllt werden müssen, sind in ihrer geistigen Stumpfheit ebenso abstößend, wie der sinnlos Betrunkene im Straßengraben und für den Kulturfortschritt vielleicht sogar gefährlicher. Aber auch Opfer des konzentrierten Alkohols lernte ich leider nur zu viele kennen. Tüchtige Genossen, auf die man die höchsten Hoffnungen setzen durfte, sah ich durch Wein und Schnaps verloren gehen.“

**Abrechnungen**

vom 1. Quartal gingen weiter bis zum 20. Juni bei der Verbandskasse ein von:

Flensburg 2307,90 Mk., Dülmen — Mk., Herlohn 1000,— Mk., Gotha 6000,— Mk., Halle a. d. S. 25 000,— Mk., Göttingen 11 999,— Mk.

Noch nicht eingegangen sind die Abrechnungen für das 1. Quartal von den Zahlstellen Jümenau, Kaiserlautern und Kirchheimboland. Fr. Lender.

**Adressenänderungen.**

B = Bevollmächtigter. K = Kassierer.

**Dessau.** B.: R. Neuhaus, Fischergasse 4 I. K.: Fr. Reifegerste, Amalienstr. 66.

**Eberstadt bei Darmstadt.** V. und K.: Ludwig Schmidt, Georgstr. 6.

**Hau Hannover.** (Vertliche Vertrauensleute.) Alfeld a. d. L.: J. Beyer, Parkstr. 12. Nordhorn: Fr. Swiger, Altenhof, Bentheimer Str. 10.

**Heilbronn.** V. Kleinfnecht, Verbandsbureau, Wilhelmstr. 52 p. **Auszahlung:** Montag bis Freitag 9—6 Uhr, Sonnabends 9—2 Uhr. Fernsprecher 1546.

**Bismar.** B. und K.: W. Holz, Bismar, Schatterau.

**Zentral-Kranken- und Begräbniskasse der Buchbinder u. verwand. Geschäftszweige.**

Uns zugegangenen Wünschen entsprechend, haben wir die Zahl der Tage, an denen die Wahl der Abgeordneten zur Generalversammlung stattfinden kann, auf drei erhöht. Als Wahltage gelten danach die Tage vom 21. bis 24. Juli, doch darf die Wahl in den Verwaltungsstellen nur an einem dieser Tage stattfinden.

Der Vorstand der Kasse.  
G. Zinte. P. Städter.

**Verwaltungsstelle Offenbach a. M.**

Ab 27. Juni 1922 befindet sich das Kassenslokal in dem Gasthaus „Zum Deutschen Hof“ am Wilhelmplatz.

Zahlabende:  
Jeden Freitag von 1/2 bis 9 Uhr abends.

Der Vorstand der Verwaltungsstelle.  
Georg Bäß, Vorsitzender.

**Kaliko, Büchertuch, Molestin, Schirting** vorrätig.  
D. S. Heinsdorf, Berlin S. 59, Kottbuser Damm 86  
Fernsprecher: Moritzplatz 12309.

**Zahlstelle Berlin.**

Zur Feier des „Guten Montag“ am Montag, den 17. Juli 1922

**Großes Sommerfest**  
in der „Neuen Welt“, Hafensheide 108-114

Gartenkonzert. \* Spezialitäten ersten Ranges. \* Kasperltheater (für Kinder frei).  
Feuerwerk. \* Bei eintretender Dunkelheit großer Fackelzug für Kinder.

**Großer Ball**

--- von 4 Uhr an. ---

Eintritt in den Saal für Herren 5,— Mk., für Damen 3,— Mk.  
Anfang des Konzerts Nachmittag 4 Uhr.

Eintrittskarten für Erwachsene 8,— Mk., Kinder unter 14 Jahren 1,— Mk.

An den Eintrittskarten für Kinder sind zwei Bons. Gegen Abgabe derselben erhält jedes Kind eine Stocklaterne gratis, ebenso eine freie Fahrt auf Karussell oder Schautel.

Die Kaffeeküche ist geöffnet, doch muß für Geschir Pfand geleistet werden.

Eintrittskarten sind in allen Zahlstellen, bei den Werkstuden-Vertrauensleuten, sowie in unserem Bureau erhältlich. Eintrittskarten, welche in Kommission zum Verkauf genommen werden, müssen bis spätestens Sonnabend, den 22. Juli, abgerechnet sein, andernfalls gelten alle entnommenen Eintrittskarten als verkauft. Zahlreiche Beteiligung erwartet die Ortsverwaltung.

Wir suchen per sofort mehrere perfekte

# Zuschneider

für Kurzskartomagen, die mit den einschlägigen Maschinen bestens vertraut sind.

**Mag Armbruster & Co.**  
Mascha-Werke  
Bergedorf-Hamburg.

**Tüchtige**

# Etuismacher

für Westklaffen, Bested- u. Manufakturtüch sofort für dauernd gesucht.

**R. Stallmann**  
Etuisfabrik  
Frankfurt a. Main  
Großer Kirchgraben 15.

**Grüne u. blaue Buchbinderschürzen**  
Größe 80/100 80/110 80/120  
m. Band od. Reif 80,— 87,— 95,—

Verkehrs-Juppen schwarzmelirt  
Mk. 180,—, 200,—  
Ktali 220,—, 230,—

Arbeits-Mäntel in denselben Farben  
Mk. 280,—, 320,—  
liefern

**A. C. Volz**  
Fabrikation v. Berufsleibung.  
Stuttgart, Moltkestr. 77  
Tel. 2365.  
Verband Nachn. - Briefe freibl.

**Decken- und Fertigmacher sowie Presser, Vorrihter, Nachseher, Brochlerer, Kleberinnen und Maschinensalzerinnen** stellt ein

**E. U. Enderß, Großbuchbinderei**  
Leipzig.

**Jung. Buchbinder**  
für Partie- und Geschäftsbücher zum sofortigen Antritt gesucht.

Angebote an  
**Geschäftsbücherfabrik Ebersbach i. Sa.**

Für meine Geschäftsbücherfabrik suche ich einen **ersten Gehilfen**, der sich in ersten Häusern reiche Erfahrung in der

**Sonder - Anfertigung von Geschäftsbüchern** erworben hat und durchaus selbständig arbeitet, in **dauernde angenehme Stellung.**

Ang. unt. **M. S. 40 a. d. 31g.**

**Buchbinderei**  
in Hamburg sucht 2 Gehilfen auf Partie und Sortiment, 1 Beschneider, ferner 6 nur perf. Buchbinderarbeiten in 1. Pagniererin.

Es kommen nur wirklich tüchtige Leute, mit nachweislich langjähriger Tätigkeit in Frage, denen an dauernder Stellung bei höchstem Lohn gelegen ist. Eintritt nach Vereinbarung.

Offerten unter **„M. S. 4.“** **W. Bartels, Hamburg, Wartenholer Straße 126.**

**Buchbinder,**  
äußert tüchtig, für Stapelware (Blods, Feste, Notizbücher etc.) euernt. mit einigen gelehrten Mädchen verlangen sofort

**Gebrüder Fluß**  
Berlin, Alexanderstraße 55.

**Anzeigen** finden nur Aufnahme, wenn der Betrag vorher eingesandt ist